Neue Kohlenkrise? — Seite 5

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 27 vom 9. Juli 1982 16. Jahrgang 1 DM

„Operation '83" abgeschlossen?

Das ist Schmidts Sozialprogramm!

In der letzten Woche, während der Haushaltsdebatten zwischen den beiden Regierungsparteien sah es vorübergehend so aus, als käme es zum Bruch des Bündnisses zwischen SPD und FDP. Der Bundeskanzler und stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt war es — in persönlicher Arbeit, wie überall hervorgehoben wird — der den dann angenommenen Vorschlag für einen Bundeshaushalt 1983 ausarbeitete. Er ist also der Urheber der konkreten Beschlüsse, die diese Bundesregierung gefaßt hat. Der Mann, der Arbeitslosen und Rentnern, Kranken und Armen an den Geldbeutel geht.

Der schon erwartete „Katalog der Grausamkeiten — neueste Ausgabe" fällt so aus, wie von vielen befürchtet wurde. Das große FDP-Schlagwort von der „Selbstbeteiligung" ist im gesamten Gesundheitswesen massiv eingedrungen. Schmidt selbst befand es im „Spiegel"-Interview für lächerlich, daß Krankenkassen Arzneimittel für Schnupfen bezahlen sollen — und das sagt ein Mann, dessen bißchen Grippe Schlagzeilen der westdeutschen Presse stiftete. Alles nur ein paar Mark — so wird versucht, abzuwiegeln.

Daß sich dies alles zu einer Milliardensumme zusammenfügt ist bekannt. Daß ein paar Mark hier und ein paar Mark da sich auch für den Einzelnen summieren, kann man sich ausrechnen. Daß dies aber alles weiere Folgen auf den unteren Ebenen der staatlichen Finanzpolitik hat, und daß dies tatsächlich die von Genscher seit letztem Jahr immer lautstärker geforderte sozialpolitische Wende ist, dies muß man hier nachdrücklich unterstreichen. Weg vom Anspruchsdenken, so heißt das bei Genscher — und auch bei Schmidt.

Die einzige Diskussion, die zwischen den beiden Bonner Regierungsparteien geführt wurde, war denn auch in Wirklichkeit die, wieviel an Belastungen man der werktätigen Bevölkerung zumuten könne. Die minimalen Abstriche bei den Großverdienern (vielleicht 4000 Mark weniger Steuerersparnis), die zudem noch sofort von der CDU angefochten wurden, ändern dieses Bild, trotz aller Beteuerungen wenig.

Nicht einmal entfernt wurden solche Möglichkeiten der Sanierung der Staatsfinanzen angesprochen, wie Kürzung der Rüstungsausgaben oder Streichung der Zinszahlungen an die Banken oder gar eine direkte Sondersteuer für die Reichen. Das sind für die Bonner Parteien Tabus. Trotz aller Beschönigungsversuche ist denn auch schon massiv Protest angemeldet worden — auch von CDU und Arbeitgebern, denen alles wieder einmal nicht weit genug geht.

Es wird künftig ohne Zweifel darum gehen, ob die Proteste des DGB und zahlloser Gewerkschaftsgremien auf dem Papier stehen bleiben, oder ob es wirklich zu Widerstandsaktionen kommt.

Verbrecherische Maßnahmen rufen Widerstand hervor

Massendemonstrationen von Israelis gegen Scharon

Der israelische Kriegsminister Scharon stand im Zentrum der Proteste der 50000 bis 80000 (nach unterschiedlichen Angaben) Demonstranten, die in Tel Aviv gegen Israels Krieg auf die Straße gingen. Welche Zahl auch immer stimmen mag: es war die größte Demonstration der jüngeren Geschichte Israels, die gegen die eigene Regierung gerichtet war.

Eine Demonstration dieser Ausmaße gegen den Kriegskurs Israels während eines Überfalls, das wäre tatsächlich noch vor kurzer Zeit nicht denkbar gewesen. Die Verschärfung des Kurses von Krieg, Ausdehnung, Vertreibung und Vernichtung hat diesen Protest hervorgerufen. Scharon steht deshalb im Zentrum, weil ganz deutlich ist, daß er der Kriegsmacher im Kabinett ist, daß er — mit Begins Segen natürlich — den, im wahrsten Sinne des Wortes, Schlachtplan ausgearbeitet hat.

Das beweist eindeutig, daß es durchaus eine Möglichkeit gibt, eine gemeinsame arabische und jüdische Bewegung zu organisieren, die sich dem Ziel zweier Staaten in Palästina verpflichtet fühlt. Was heute konkret heißt, der Schaffung eines palästinensischen Staates den Weg zu bahnen.

Dazu muß natürlich ein Kurs eingeschlagen werden, der jene Tendenzen, aus dem Kampf gegen die Vertreibung einen Rassenkampf zu machen, einen Riegel vorschiebt. Das bedeutet natürlich auch einen entschlossenen Kampf gegen den zionistischen Rassismus zu führen, der immer deutlicher sichtbar eben nicht die gemeinsame politische Leitlinie aller Klassen und Schichten des Judenstaates ist. Der Boden dafür ist da.

Und er wird weiter wachsen, je mehr sich Begin und seine Leute als Kriegsverbrecher erweisen, die Beirut Wasser, Strom und Versorgung absperren. Massendemonstrationen gegen Begin gibt es im ganzen Gebiet, bis hin nach Griechenland, wo in Athen 70000 Menschen auf die Straße gingen. Seine einzige Unterstützung, außer seinen Zionisten, das sind die NATO-Staaten, allen voran die USA und die Bundesrepublik.



Die Genossen der KPD, die sich vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn angekettet haben, um auf die Gesinnungsjustiz hinzuweisen und die Öffentlichkeit des Prozesses gegen Andreas Bortfeldt zu fordern. Diese Aktion stand am Anfang einer neuen Solidaritätskampagne, nachdem von Oktober bis März schon eine Reihe Aktionen unternommen worden waren, die gerade unter der arbeitenden Bevölkerung auf großes Interesse gestoßen waren.

Pressemitteilung der KPD, Dortmund, 5.7.82

Vor der ständigen Vertretung der DDR in Bonn angekettet

haben sich am heutigen Montag um 11.00 Uhr Mitglieder und Anhänger der KPD. Die Demonstranten fordern Öffentlichkeit für den Prozeß gegen den kommunistischen Oppositionellen Andreas Bortfeldt, der voraussichtlich am 7. und 8. Juli vor dem Stadtgericht Berlin/DDR stattfindet. Andreas Bortfeldt, dem der Staatssicherheitsdienst die Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der illegal in der DDR tätigen KPD/Sektion DDR vorwirft, soll in dem bevorstehenden Prozeß einzig und allein auf Grund seiner politischen Gesinnung zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden.

Geheimjustiz

Andreas Bortfeldt wurde im März 1981 zusammen mit dem Betriebsschlosser Manfred Wilhelm verhaftet. Im selben Jahr erfolgte die Verhaftung von weiteren kommunistischen Oppositionellen aus Ostberlin. **Im Juni dieses Jahres wurde Manfred Wilhelm zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt.** Andere kommunistische Oppositionelle erhielten Gefängnisstrafen von 3 Jahren 10 Monaten, 4 Jahren 10 Monaten und von 6 Jahren Gefängnis. In allen diesen Prozessen war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Alle Angeklagten hatten keinerlei Möglichkeiten, sich auf eine Verteidigung im Prozeß vorzubereiten. Denn alle lernten die Anklageschrift zum ersten Mal im Prozeß selbst kennen! Genauso ist es auch im Prozeß gegen Andreas Bortfeldt. Auch hier soll der Prozeß hinter verschlossenen Türen stattfinden. Noch nicht einmal die Ehefrau von Andreas Bortfeldt darf dabeisein. Sie ist lediglich zur Urteilsverkündung zugelassen, also für die zwei, drei Minuten, die das Gericht braucht, um zu verkünden, daß Andreas Bortfeldt für 8 Jahre oder noch länger hinter Gefängnismauern eingesperrt werden soll.



Rund 20 Minuten dauerte der Protest vor der Ständigen Vertretung der DDR — dann waren Polizei und Feuerwehr so weit, daß sie die Teilnehmer der Aktion abführen konnten. Vom Personal der Vertretung hatte es keiner gewagt nach außen zu kommen. Zur selben Zeit wurde die Presse im Bonner Pressehaus informiert.

„Wir warten auf eine Stellungnahme aus Ostberlin"

Das Honecker-Regime hat die Verhaftungen und Verurteilungen der kommunistischen Oppositionellen bisher mit keinem einzigen Wort in den Massenmedien erwähnt. Proteste aus zahlreichen Ländern und von Amnesty International, dessen Sekretariat in London Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm als Gewissensgefangene anerkannt hat, prallten an einer Mauer des Schweigens ab. Die Behörden der DDR verweigerten sogar die Annahme von Tausenden von Protestunterschriften. Deshalb wollen die Demonstranten so lange vor der Ständigen Vertretung angekettet bleiben, bis ihnen über die Ständige Vertretung der DDR in Bonn eine Stellungnahme aus Ostberlin zu der Forderung nach Öffentlichkeit für den Prozeß gegen Andreas Bortfeldt überbracht wird.

Weitere Informationen über: Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691



Andreas Bortfeldt auf einem Spaziergang mit seinem Vater, wenige Tage vor seiner Verhaftung im März letzten Jahres. Nach über einem Jahr soll ihm nun der Geheimprozeß gemacht werden.

Kommentar der Woche

Irgendwann in diesen Tagen findet der Prozeß gegen den Genossen Andreas Bortfeldt statt. Wann, wo und wie das Stadtgericht Berlin/DDR über ihn urteilen wird, weiß niemand. Die Öffentlichkeit nicht, die Presse nicht, seine Verwandten nicht und auch nicht seine Freunde, noch nicht einmal er selbst.

Man muß sich dies einmal vorstellen. Da sitzt einer, der weiß, er soll zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden. Er kennt aber noch nicht einmal die Anklageschrift, er weiß also nicht einmal, was man ihm nun genau vorwirft, weshalb er verurteilt werden soll — nach den Buchstaben des Gesetzes.

DDR-Justiz und Feigheit

Er weiß eigentlich nur zwei Dinge: daß der Prozeß seiner politischen Überzeugung gilt und daß er eine hohe Strafe erhalten wird. In den bisher bekannten vier Urteilen für kommunistische Oppositionelle in der DDR gab es insgesamt 22 Jahre und 8 Monate Gefängnisstrafe. Dabei waren 3 Jahre und 10 Monate noch die geringste Strafe. Das sind nichts anderes als blanke reaktionäre Terrorurteile, mit denen jegliche linke Opposition in der DDR eingeschüchtert werden soll. Der ganze Prozeßverlauf findet hinter dicken, undurchdringlichen Mauern statt, bekannt wird nur der abschließende Hammer, das Urteil.

Und wofür? Weil man für einen wirklichen Sozialismus eingetreten ist. Vielleicht Plakate geklebt, vielleicht Zeitungen verbreitet hat. Aber die DDR-Justiz ist zu feige, dies wenigstens als politischen Prozeß zu führen, damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Nein, auf eine politische Debatte, einen politischen Prozeß will man sich nicht einlassen, davor fürchtet man sich. Nur ja nicht bekannt werden lassen, nicht reagieren, die üblichen reaktionären Formeln vorbringen und schweigend verurteilen.

Es ist ja auch klar: zu verlieren hätten dabei nur die SED Honeckers und die reaktionäre DDR-Justiz. Denn wofür werden die Genossen der KPD und andere kommunistische und Arbeiteroppositionelle verurteilt? Haben sie „rowdyhaft" gehandelt, jemand verprügelt, irgendetwas zerstört oder sonst etwas getan, was eine solche Verurteilung auch nur im Entferntesten zumindest als möglich erscheinen ließe? Nichts dergleichen. Sie haben politische Meinungen vertreten, oft sogar nur Fragen gestellt. Das aber ist für den „realen Sozialismus" der revisionistischen SED zuviel.

Wie arbeiterfeindlich dieses angeblich kommunistische Regime in der DDR ist, das beweisen Fälle in denen parteilose Arbeiter für ein Jahr ins Gefängnis geworfen werden, weil sie an ihrem Arbeitsplatz gesagt haben, man müßte es machen wie in Polen. Ohne Zweifel sehr richtig. Aber selbst wenn man einmal davon ausginge, daß solch eine Aussage vom revolutionären Standpunkt aus falsch wäre, dann würde es doch bestimmt keinem wirklichen Kommunisten einfallen, deswegen einen Arbeiter hinter Gitter zu schicken. Das fällt nur Honecker und seinesgleichen ein, die ihr sozialistisches Mäntelchen zur eigenen Bereicherung nutzen.

In allem, von der Anklage, der Durchführung und den Urteilen her, sind diese Prozesse der DDR-Gerichte blanke und bloße Gesinnungsjustiz. „Die Gedanken sind frei" ist ein altes, bürgerlich-revolutionäres Lied, das man auch von Genossen der bundesrepublikanischen DKP oft hören kann. Für die DDR, die sie stets als ihr politisches Vorbild angeben, gilt dies offensichtlich nicht. Wie glaubwürdig ist eigentlich die Politik einer solchen Partei, wenn sie hier gegen undemokratische Machenschaften vorgeht und sie gleichzeitig drüben lobpreist? Was soll man zu solch einer undemokratischen, reaktionären Justiz sagen, die in einem angeblich sozialistischen Staat wirkt?

Die Forderung nach einem öffentlichen Prozeß, nach der Möglichkeit Beobachter schicken zu können, das ist eigentlich das mindeste, was man stellen kann. Und schon hier beginnt es für diese DDR-Justiz zu viel zu werden, das kann sie sich offensichtlich nicht leisten, oder glaubt, es sich nicht leisten zu können. Stattdessen verschanzt man sich, um die reaktionäre Vorgehensweise nicht ans Tageslicht kommen zu lassen. Um so mehr muß dieses Zipfelchen Demokratie, die Öffentlichkeit der Gesinnungsprozesse, des Prozesses gegen den Genossen Bortfeldt gefordert werden. Das wird sie in Bedrängnis bringen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Schon jetzt neuer Streit um Sparhaushalt

CDU will keine Kosmetik

Hart reagiert haben die verschiedenen Fraktionen der CDU auf das Sparprogramm, das die Bonner Koalitionsparteien ausgehandelt haben. Ausgerechnet auf die „kosmetischen" Beschlüsse hat man sich bei den CDU-Rechten lautstark eingeschossen.

Die Verminderung der Vorteile für die Großverdiener beim Steuersplitting ist der einzige Punkt, an dem die Sozialdemokraten darauf verweisen können, daß auch den Reichen dieses Landes etwas genommen würde und auch davon, daß es immer noch genügend Auswege gibt, einer solchen Beschränkung zu entgehen: Die CDU will so etwas grundsätzlich nicht. Es soll auch nicht der Anschein erweckt werden, man könne an die dicken Geldbeutel im Lande gehen.

Und da in diesem Staat nun mal alles so eingerichtet ist, daß jedes Gesetz, das die privaten Millionenvermögen treffen würde nicht nur vom Bundestag, sondern auch vom Bundesrat gebilligt werden muß — eine Bremse, die einst gegen heute in Bonn nicht vorhandene allzu eifrige Sozialreformer eingebaut worden war — kann man wohl heute schon davon ausgehen, daß diese Maßnahme nicht durchgehen wird.

Mit anderen Worten: Das einzige, mit dem sich die SPD brüstet, was man der FDP „abgerungen" habe, das wird flachfallen. An dieser kosmetischen, lediglich optisch „Ausgewogenheit" schaffenden Maßnahme hatten die SPD-Bundestagsabgeordnete ihr „Herz gehängt". Die CDU jedenfalls, und das konnten sie sich auch vorher ausrechnen, wird es hängen lassen.

Man muß diese Ablehnung der CDU im Zusammenhang sehen mit ihrer ebenfalls in der letzten Woche geäußerten Ablehnung der Korrekturen bestimmter Kürzungen, wie sie im Nachtragshaushalt für das laufende Jahr vorgenommen werden sollen. So beispielsweise was die Zahlung von Eltern betrifft, die behinderte Kinder haben. SPD und FDP waren von ihrem ursprünglichen Vorhaben, den sogenannten Eigenanteil auf bis zu 700 Mark im Monat zu erhöhen, aufgrund der massiven Proteste wieder abgegangen, die CDU will auch diese extrem unsoziale Maßnahme beibehalten.

Auch das Bonner „Grüne Licht" für Mieterhöhungen ist der CDU nicht hell genug.

Je mehr sich der Streit um die Staatsfinanzen und die damit begründeten sozialen Kahlschlagskampagnen verschärft, desto deutlicher wird es, daß die CDU ohne jeglichen Zweifel die Partei der großen Abrechnung ist. In Bayern beantragten empörte Eltern, die Strauß-Partei in Christlich Unsoziale — CUS — umzubenennen.

Gerade an diesen einzelnen Punkten, an denen die CDU/CSU immer weniger ihre wahren Absichten mit demagogischen Formeln beschönigen kann, wird es nötig und auch möglich sein, verstärkt die reaktionäre Rolle dieser Partei zu entlarven.

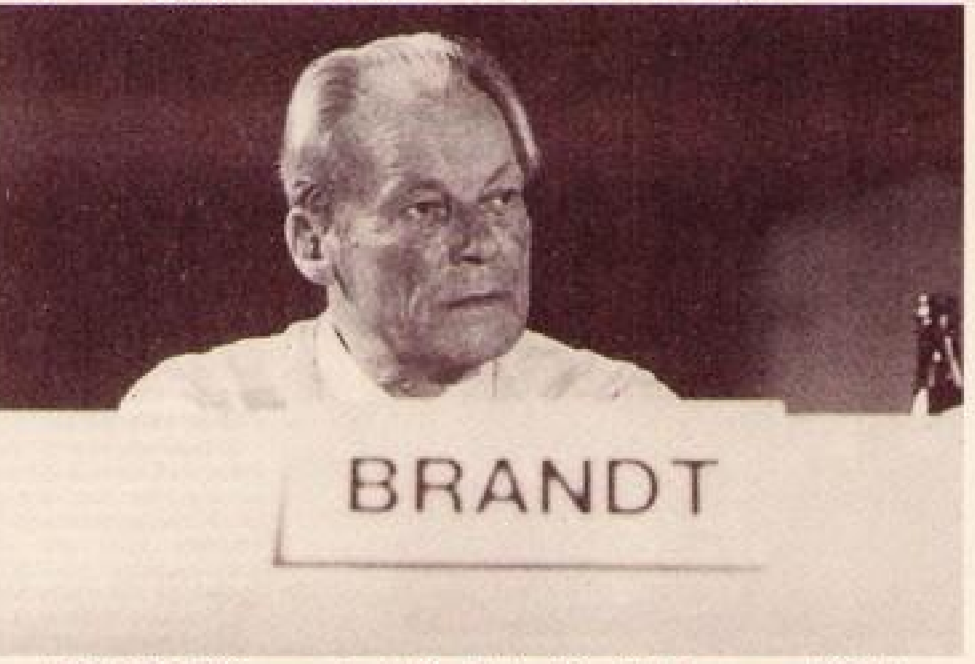
Ein Offenbarungseid der SPD

Willy Brandt: In Bonn keine Mehrheit für soziale Gerechtigkeit

In einem Brief an die Ortsvereinsvorsitzenden der SPD hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am letzten Freitag einen regelrechten Offenbarungseid geleistet. In seinem Bemühen, die unsozialen Beschlüsse des Bonner Kabinetts und der Koalition irgendwie zu rechtfertigen, hat er Feststellungen getroffen, die jeden Anhänger und Wähler, jedes Mitglied der SPD aufrütteln sollten.

Der Brandt-Brief wird mit den üblichen Phrasen sozialdemokratischer Regierungspolitik der letzten Jahre eingeleitet: Man müsse eben den politischen Zusammenhang sehen und zweitens „zur sachlichen Beurteilung bei(zu)tragen, statt sich von unsachlicher Stimmungsmache mitreißen zu lassen." Im weiteren gibt Willy Brandt seinem Parteivolk kund, daß die SPD sich natürlich eigentlich auch eine deutlichere beschäftigungspolitische Initiative und eine stärkere Betonung des Grundsatzes der sozialen Gerechtigkeit gewünscht hätte. **Doch für eine solche Politik gäbe es keine Mehrheiten „nicht im Bundestag und erst recht nicht im Bundesrat".**

Das Ganze aber sei trotz allem eine große Leistung der Koalition. So weit Willy Brandt, der einst — völlig zu Unrecht — bei vielen Linken einen guten Ruf genoß. Ein Ruf, der allmählich abblättert und nach diesen Vorgängen hoffentlich weiter abblättern wird.



Die SPD-Führung hat die Partei in die Zange geführt.

Denn dieser Brief ist ein Offenbarungseid der SPD-Politik. Es gibt laut Brandt im Bundestag also keine Mehrheit für eine Politik, die der sozialen Gerechtigkeit verbunden sein will. Aber die SPD macht natürlich trotzdem weiter, dann eben als eine Partei, die eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit verwirklicht. Ob er sich damit in den Ortsvereinen der SPD viele Freunde schafft, sei einmal dahingestellt. Die große Leistung, von der Willy Brandt spricht wird zu Recht von vielen als ein großer Kahlschlag empfunden. Vieles von dem, was sozialdemokratischen Genossen jahrelang vorschwebte, was SPD-Politik war, das wird heute gekappt. Es wäre höchste Zeit, die Nibelungentreue, die viele gegenüber dieser Partei praktizieren, endlich aufzugeben und so eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit, wie sie Willy Brandt eingesteht, zu verhindern. Die SPD der 80er Jahre, früher so schöner Zukunftstraum, muß sich heute für jeden echten Sozialdemokraten in einen finsteren Alptraum verwandelt haben.

Und die seit ewig immer wieder herunter gebetete Mär vom eben kleineren Übel, von einer CDU, die es zu verhindern gälte, wirkt immer weniger. Denn die Zahl derer, die glauben, daß man mit CDU-Politik die CDU verhindern kann, wird immer weniger. Dafür wächst die Zahl derer, die meinen, dann lieber gleich CDU, und auch die Zahl derer, die meinen, daß man so höchstens der CDU den Weg bahnt, nicht aber sie verhindert. Und die Tatsachen sprechen eindeutig dafür.

Drohungen des Städtetags wurden verwirklicht

Städte streichen — warum?

Jugendhäuser und Schwimmbäder, Volkshochschulen und Büchereien, Stadtparks und Kindergärten, Arbeitsplätze in diesen Bereichen und der Verwaltung und die städtische Sozialhilfe: Es wird eingespart, gekürzt, gestrichen, es werden Preise und Gebühren erhöht. In den rund 9000 bundesdeutschen Städten und Gemeinden spielt ein großes Streichorchester. Die Begründung dafür, ebenso stereotyp wie bei Bundesregierung und den Bundesländern: Es fehlt eben an Geld.

Aber auch hier muß man sich fragen, wohin denn das vorhandene Geld fließt. Denn die an die Städte zu bezahlenden Gebühren sollen allein im Jahre 1982 um über 8 Prozent auf fast 30 Milliarden Mark steigen. Diese Gebühren, das sollte man in aller Deutlichkeit sagen, werden weder von den Reichen, die zum Beispiel ihr privates Schwimmbad haben, noch von den Unternehmern, für die es in jedem Bereich Gebührenermäßigungen gibt, bezahlt.

Die letztjährige Bonner Sparaktion, also für den diesjährigen Haushalt, belastet die Städte mit einem Betrag zwischen 700 Millionen und einer Milliarde Mark. Die Zuweisungen von Bund und Ländern „steigen" für 1982 gerade um 0,2 Prozent auf 29,5 Milliarden Mark — angesichts der Teuerung ist dies natürlich in Wirklichkeit ein Absinken. Und zwar um runde 5 bis 6 Prozent. Unverändert bleibt die Summe, die die Banken abkassieren: 6,5 Milliarden Mark an Kredittilgung, die Zinsen steigen weiter. Ohne Zweifel sind diese beiden Faktoren, die Bankgewinne und die Kürzungen von höheren Ebenen des Staates zwei ganz wichtige Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Kassen.



Protest gegen städtische Kürzungen.

Aber es kommt noch ein weiterer Faktor hinzu. Das sind die realen Ausgabeposten der einzelnen Städte. Wenn Frankfurt für die Reichen eine Prunkoper baut, ist dies ebenso von den Klassenverhältnissen in diesem Staat geprägt, wie wenn Dortmund für O & K extra eine neue Straße anlegen ließ, und jetzt wird dort entlassen. Die Einwirkung der Industrie- und Handelskammern auf die Finanzpläne der einzelnen Städte ist in der Regel um so durchsichtiger, je mehr Großkonzerne vorhanden sind.

Denn nicht zuletzt dafür wurden die IHKs als gemeinsamer Ausschuß aller Kapitalisten eines Ortes bzw. Bezirks geschaffen: um auf die örtliche bzw. regionale Planung, auf die „kleine Politik" sozusagen, Einfluß zu nehmen. Verkehrspolitik, Bauaufträge und Einrichtungen sonstiger Art sind denn auch in schöner Regelmäßigkeit — neben Steuerfragen — Gegenstand von Tagungen der IHK-Gremien. Und was alles an Geschenken für die Konzerne und die Kapitalisten überhaupt in solchen Stadthaushalten steckt, das läßt sich in der Regel natürlich nur am jeweiligen Ort genau feststellen. Nur die Auswirkungen auf die werktätige Bevölkerung und auf Einrichtungen für die Jugendlichen, die sind überall dieselben: siehe oben.

Betriebsrat Willi Rohr aus der HBV ausgeschlossen

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen!

LUDWIGSHAFEN. — Wir berichteten im vorletzten „Roten Morgen" über das Ausschlußverfahren, das die Bonzen der Gewerkschaft HBV gegen den kommunistischen Lagerarbeiter und Betriebsrat Willi Rohr eingeleitet haben. Trotz heftiger Proteste der HBV-Betriebsgruppe wurde der Ausschluß inzwischen vollzogen. Damit aber ist dieser Fall nicht gegessen. Das macht eine weiter unten wiedergegebene Arbeiterkorrespondenz aus Ludwigshafen deutlich.

Willi Rohr arbeitet in dem Ludwigshafener Großhandelsbetrieb Dogmoch, der rund 200 Beschäftigte hat, davon 130 Arbeiter und 70 Angestellte. Noch vor einem Jahr gab es in diesem Betrieb ganze zwei Gewerkschaftsmitglieder. Auch ein Betriebsrat existierte nicht. Inzwischen gibt es eine Betriebsgruppe der HBV von über 70 Mitgliedern und einen Betriebsrat von Dogmoch.

Dieser Fortschritt ist ohne die gewerkschaftliche Aktivität von Will Rohr nicht denkbar. Gegen seinen Ausschluß hat die gesamte HBV-Betriebsgruppe eine Protesterklärung unterzeichnet. Im folgenden nun der Bericht, den wir aus Ludwigshafen zugeschickt bekamen.

„Trotz des Protestes der Betriebsgruppe wurde der Ausschluß von Willi Rohr durchgeführt. Damit ist diese Angelegenheit aber keineswegs erledigt. Jetzt geht's im Gegenteil erst richtig los.

Am 24. Juni, dem gleichen Tag, an dem die Ausschlußmitteilung eintraf, war auch Mitgliederversammlung der HBV-Betriebsgruppe Dogmoch. Anwesend waren neben dem für uns zuständigen HBV-Sekretär Stock auch die Bezirksvorsitzende der HBV-Vorderpfalz, sowie der geschäftsführende Bezirkssekretär. Also große Besetzung! Man befürchtete offenbar daß Hub allein nicht zurande käme.

Es ging damit los, daß die Hauptamtlichen Willi nicht zur Sitzung zulassen wollten. Als aber alle Mitglieder der Betriebsgruppe unmißverständlich klarmachten, daß sie gehen würden, falls Willi nicht teilnehmen kann, wurde abgestimmt und Willi konnte teilnehmen.

Die Einleitung und Begründung des Ausschlusses durch den geschäftsführenden Bezirkssekretär Alfred Hub beeindruckte nun wirklich niemanden. Hub brachte einige KPD/ML-Zitate von 1974 in bezug auf die Gewerkschaft. In diesen Zitaten wurden nur die Bonzen angegriffen, allerdings auf eine etwas derbe Art. Außerdem kam darin unsere Ablehnung von Mitbestimmungsillusionen zum Ausdruck. Das war im Grunde schon alles, was die HBV-Funktionäre brachten. Es lohnte sich kaum, darauf zu antworten.

Nun wurden die Hauptamtlichen der Reihe nach von fast allen Mitgliedern nachdrücklich aufgefordert, das angeblich gewerkschaftsfeindliche Verhalten von Willi Rohr nachzuweisen.

Hier waren die Hauptamtlichen auch schon mit ihrer Weisheit am Ende. In keinem einzigen Punkt konnten sie tatsächlich irgendein gewerkschaftsfeindliches Verhalten nachweisen. Am Schluß mußten sie sogar zugeben, daß es dieses auch gar nicht gab, daß Willi im Gegenteil der Entwicklung der HBV im Betrieb sehr förderlich war und daß es ohne seine Aktivität bei Dogmoch weder Betriebsrat noch Betriebsgruppe gäbe. Zugeben mußten sie somit ebenfalls, daß er einzig und allein wegen des Unvereinbarkeitsbeschlusses ausgeschlossen wurde.

Auf der anderen Seite wurde im Verlaufe der Betriebsgruppenversammlung wiederholt tatsächliches gewerkschaftsfeindliches Verhalten aufgezeigt. Aber von ganz anderer Seite: Beispielsweise an dem Schandabschluß von 3,5 Prozent bei der Lohntarifrunde in diesem Jahr im Großhandel der Vorderpfalz.

Unwidersprochen blieb im übrigen die Feststellung von Willi Rohr, daß, wenn die praktische Arbeit der Mitglieder der RGO und der KPD als Maßstab genommen würde und wenn vor allem die Gewerkschaftsmitglieder an der Basis über Ausschlüsse zu entscheiden hätten — daß dann von den beiden genannten Organisationen wohl kein einziges Mitglied ausgeschlossen werden würde; dann würden wohl eher die meisten Betreiber derartiger Ausschlüsse ein Ausschlußverfahren bekommen!

Für die Mitglieder der Betriebsgruppe wurde bei dieser Diskussion ziemlich deutlich, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzig aus dem Grund gefaßt wurden, um zu verhindern, daß sich eine konsequent klassenkämpferische Linie in den Gewerkschaften durchsetzt.

Will Rohr wird jetzt mit einer Erklärung, die er auch veröffentlichen will, an den Kontrollausschuß der HBV herantreten und seine sofortige Wiederaufnahme beantragen. Und auch wenn das alles Jahre dauern sollte, ist sein gewerkschaftliches Engagement mit diesem Ausschluß jetzt keineswegs beendet. Willi betrachtet den Ausschluß als einen Vorgang, der auf seine Gewerkschaftsarbeit, zumindest im Rahmen des Betriebes, keine praktischen Konsequenzen hat. Dies machte er auf der Versammlung deutlich.

Wir werden kontinuierlich daran arbeiten, daß Willi wieder in die Gewerkschaft aufgenommen wird. Wir werden aufzeigen, wer die wirklichen Gewerkschaftsfeinde sind. Und wir werden in Zukunft ganz gezielt dafür kämpfen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen."

Beschluß des DGB-Bundeskongresses in Westberlin:

Sozialpolitik

Die Delegierten des 12. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB kritisieren die von der Bundesregierung vorgeschlagenen und vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Kürzungen sozialer Leistungen. Die ab Jahresbeginn wirkenden Kürzungen belasten in erster Linie die Arbeitnehmer. Besonders betroffen sind Arbeitnehmer und Rentner mit niedrigen Einkommen. Die Delegierten unterstützen die vom DGB geführte konsequente Interessenvertretung zur Sicherung des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer. Die Großdemonstration am 7. November 1981 in Stuttgart hat gezeigt, daß die Gewerkschaftsmitglieder bereit sind, für die soziale Sicherung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu kämpfen. Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Gewerkschaften werden aufgefordert, bei weiteren, gegen die Arbeitnehmer gerichteten Kürzungen und einseitigen Belastungen bundesweite Abwehr-Aktionen durchzuführen.

Auf zum Jugendlager!

Vom 17. bis 31. Juli in Thiergarten im Hunsrück

Da ist schwer was los:

- **Fußballfreundschaftsspiel Thiergarten/KJD**
- **Filmnacht:**
  Nordsee ist Mordsee
  Töte — Amigo
  Montery Pop
  Das Testament des Dr. Mabuse
- **Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit**
- **Tagesausflug nach Trier, Besuch des Karl-Marx-Geburtshauses, Besichtigung eines Weinkellers und Weinprobe**
- **Geländespiel, Nachtwanderung, Lagerfeuer...**
- **Film und Diskussion zur Lage in der BRD**
  Kaltgestellt — Der erste deutsche Polit-Thriller
- **Schwimmen, ausschlafen, gut essen...**

Anmeldung und 80,— DM Anzahlung bis zum 25. Juni 1982, Postscheckamt Dortmund, Konto-Nr.: 13456-464, ZK der KJD — Stichwort: Thiergarten. Die restlichen 100,— DM sind bei der Anreise zu zahlen. Zelte, Luftmatrazen, Schlafsäcke, Eßgeschirr, Badehose und Gummistiefel sind mitzubringen. Ein Küchenzelt und ein Versammlungszelt sind vorhanden. Heidi sorgt mit eurer Hilfe für einen gut abgefüllten Magen. Die Organisierung des Lagers übernimmt die Lagervollversammlung und ein von ihr gewählter Lagerrat.

Übrigens, die KJD/Thiergarten freut sich riesig auf euer Kommen!

Anmeldung sofort abschicken an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Den Druck in den Gewerkschaften verstärken!

Jetzt müssen DGB-Aktionen gegen die „Operation '83" kommen!

DÜSSELDORF. — Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt '83 liegt vor. Er sieht weitere schwerwiegende Einschnitte in das soziale Netz vor. Für unsere Gewerkschaften darf es jetzt kein Zögern und Abwarten mehr geben. Der DGB wird völlig unglaubwürdig, wenn er jetzt wieder bei papiernen Protesten stehenbleibt. Ab sofort sind gewerkschaftliche Protestaktionen gegen die Operation '83 notwendig. Die Aufklärung und Mobilisierung der breiten Mitgliedschaft muß unverzüglich mit aller Kraft vorangetrieben werden!

Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1983 bedeuten eine Fortsetzung der arbeiterfeindlichen und extrem unsozialen Sozialabbaupolitik des vergangenen Jahres. Mit diesen Beschlüssen, die die sogenannte Operation '83 nun praktisch auf den Weg gebracht haben, wird der Mähdrescher erneut angeworfen, der bereits im vergangenen Jahr über einen Teil der staatlichen Sozialleistungen hinweggewalzt ist. Besonders empörend ist dabei, daß ausgerechnet die Arbeitslosen, also jene Kollegen, die bereits durch das kapitalistische Profitsystem so böse getroffen sind, durch die geplanten Rentenkürzungen empfindlich zur Ader gelassen werden.

Die DGB-Führung gab zu den Regierungsbeschlüssen eine Erklärung ab, die ganz gewiß nicht überzogen in ihrer Kennzeichnung des arbeiterfeindlichen Charakters der Beschlüsse ist. Es heißt darin wörtlich:

„Die nun vorgesehenen Einschnitte in das soziale Netz berühren die Substanz unseres Systems sozialer Sicherheit, sie belasten in erster Linie Arbeitslose, Rentner und Kranke und bedeuten damit die direkter Fortsetzung der unsozialen Sparpolitik des letzten Jahres!"

Die vorgesehenen Rentenkürzungen bei den Arbeitslosen werden in der Erklärung besonders scharf angegriffen und als *„unerträglich und unannehmbar"* bezeichnet. Das ist ganz sicher nicht übertrieben. Und bei gründlicher Überlegung kann man eigentlich nur zu dem Schluß kommen, daß vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus auch jeder andere Angriff auf soziale Errungenschaften, jede sonstige Kürzung bei sozialen Leistungen, konsequent abgelehnt und bekämpft werden muß.

Es gibt keinen Schnitt in das soziale Netz, der annehmbar wäre! Sollen die Bonner Sparkommissare endlich doch einmal die Herrschaften mit den großen Einkommen zur Kasse bitten! Dies wäre nicht nur gerecht, sondern auch ein sinnvoller Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage!

Papierne Proteste allerdings reichen jetzt auf keinen Fall mehr aus. Das ist in den letzten Wochen von vielen Gewerkschaftern häufig genug festgestellt worden. Sogar der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gert Muhr erklärte jüngst, Maßnahmen wie die Kürzung bei den Renten der Arbeitslosen hätten *„nachhaltige und nicht nur verbale Aktivitäten des DGB zur Folge"* („Welt der Arbeit" vom 25.6. 82). Aber nach wie vor trifft zu, was Detlev Hensche vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier Anfang Juni in der Zeitschrift „druck und papier" schrieb:

„Was bringt unser Protest gegen Sozialabbau, solange wir ihn nicht durch Aktionen untermauern (...). Zwar heißt es immer wieder, die Gewerkschaften werden Einschnitte ins soziale Netz nicht hinnehmen, aber den Beweis sind die Gewerkschaften bisher schuldig geblieben. Oder brachte der Haushalt '82, brachte die Neufassung der Zumutbarkeitsregel keinen Sozialabbau! Was soll denn noch geschehen, bis wir aufstehen?"

Es ist völlig klar: Entweder folgen jetzt den zum Teil markigen Worten vieler DGB-Führer endlich auch entsprechende Taten, oder es läuft in diesem Jahr so ähnlich, wie schon 1981 (bzw. wie auch zu Anfang dieses Jahres bei der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung): Daß zwar vereinzelt gute Aktionen zustandekommen (z.B. die 70000, die in Stuttgart demonstrierten), daß diese Aktionen jedoch Ausnahmen bleiben, während im DGB insgesamt ernsthafte Anstrengungen zur Mobilisierung breiter Teile der Gewerkschaftsmitglieder nicht erfolgen.

Dies wäre nichts anderes, als eine bewußte Mißachtung des Willens der gewerkschaftlichen Basis von seiten der DGB-Führung. Es wäre sogar ein direkter Bruch gegenüber einem eindeutigen Beschluß des formal höchsten DGB-Organs überhaupt, nämlich des DGB-Bundeskongresses! Vor wenigen Wochen tagte der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß. In seinem (nebenstehend im Wortlaut wiedergegebenen) Beschluß zur Sozialpolitik heißt es unzweideutig:

„Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Gewerkschaften werden aufgefordert, bei weiteren, gegen die Arbeitnehmer gerichteten Kürzungen und einseitigen Belastungen bundesweite Abwehr-Aktionen durchzuführen."

Ohne jeden Zweifel ist die Situation jetzt eingetreten, die diesem Beschluß unmittelbare praktische Bedeutung verleiht. Wenn jetzt die bundesweiten Abwehr-Aktionen nicht umgehend angepackt werden, dann heißt dies nichts anderes, als bewußt auf Zeit zu spielen in der Absicht, letztlich diesen Beschluß zu einem sinnlosen Fetzen Papier zu machen.

Aber dies darf nicht zugelassen werden! Der Kapitulation von 1981 darf nicht auch noch die Kapitulation 1982 folgen! Die klassenkämpferischen Gewerkschafter müssen jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um die notwendigen gewerkschaftlichen Aktionen zu erzwingen.

Es muß vielerlei Aktivitäten und Proteste in den Betrieben und auf den Straßen geben. Unter anderem muß es nach der Haupturlaubszeit eine ganze Serie von Großdemonstrationen nach dem Vorbild von Stuttgart geben!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Bei AEG, Bremshey und Krages:

Protestaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

HAMBURG/HILDEN/HAMM a. d. Sieg. — Woche für Woche erreichen uns neue Berichte und Meldungen über Belegschaftsproteste gegen Arbeitsplatzvernichtung. Am vorletzten Samstag demonstrierten in Hilden bei Düsseldorf die Beschäftigten der Bremshey-Werke. Ebenfalls am Samstag vorletzter Woche gingen in Hamm an der Sieg die Beschäftigten von Krages in Etzbach auf die Straße. Und am Dienstag letzter Woche erlebte Hamburg einen Protestmarsch von AEG-Beschäftigten aus Norddeutschland.

An der Demonstration der **Bremshey-Belegschaften** am 26. Juni in **Hilden** beteiligten sich mehr als 1000 Kolleginnen und Kollegen. Die Bremshey AG, die in Abhängigkeit zum **Mannesmann-Konzern** steht, will ihre Werke in Solingen, Trotzhilden, Hilden, Köln, Niedenstein, sowie ihre Auslandsniederlassungen in Taiwan und Portugal schließen. Rund 1700 Beschäftigte würden dadurch auf die Straße gesetzt.

Knapp die Hälfte der Bremshey-Beschäftigten kommen aus Solingen. Solingen wäre zudem auch noch durch Anschlußkonkurse betroffen, die die Pleite von Bremshey mit Sicherheit nach sich ziehen würde. Die Situation der ganzen Stadt würde sich drastisch zuspitzen. Die Arbeitslosenquote würde die 10-Prozent-Marke übersteigen.

Angesichts dieser Umstände muß die IG Metall unbedingt mehr tun, um den Widerstand der Bremshey-Belegschaft wirkungsvoll zu organisieren. Im übrigen hat der Mannesmann-Konzern, der Bremshey jetzt fallen lassen will, weil der Umsatzrückgänge in diesem Unternehmen erwartet, erneut ein fettes Geschäftsjahr mit überdurchschnittlichen Profiten hinter sich.

Rund 500 Menschen demonstrierten am 26. Juni in der Verbandsgemeinde **Hamm an der Sieg** gegen die Absicht des in Leutkirch/Allgäu ansässigen **Krages-Konzerns** (Hersteller von Spanplatten), das **Zweigwerk in Etzbach (Kreis Altenkirchen)** zu schließen. In diesem Werk sind 255 Menschen beschäftigt. Jedoch sind zusätzlich durch die Werksschließung auch die Arbeitsplätze anderer Betriebe sowie von Handwerkern und Waldarbeitern bedroht. Es wird befürchtet, daß durch die Schließung des Zweigwerkes insgesamt 400 Menschen arbeitslos werden.

Der Firmeninhaber der Krages-Gruppe hat sich vor einiger Zeit in die Schweiz abgesetzt, nachdem die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl wegen Steuerbetruges gegen ihn ausstellte. Von der Landesregierung Baden-Württemberg konnte Krages trotz seiner Machenschaften eine Landesbürgschaft von 3,7 Millionen Mark einlösen. Und die rheinland-pfälzische Landesregierung hat dem Konzern eine Landesbürgschaft von 2,3 Millionen Mark zugesagt.

Am Dienstag letzter Woche gingen im Anschluß an eine **gemeinsame Belegschaftsversammlung für AEG-Betriebe im Raum Hamburg** rund 2000 Kolleginnen und Kollegen spontan zu einem Protestmarsch auf die Straße. Sie demonstrierten gegen das vom AEG-Konzernvorstand vorgelegte „Sanierungskonzept" („Konzept AEG '83"), vor allem aber gegen die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen bei dem Elektrokonzern. Außerdem richtete sich der Protest auch gegen den Versuch der AEG-Bosse, den Belegschaften noch zusätzlich finanzielle Opfer aufzubürden. Eine Parole der Kollegen lautete: „Die Banken gewinnen immer, für uns wird es immer schlimmer."

In einer Resolution, die auf der gemeinsamen Belegschaftsversammlung verabschiedet worden war, wird unter anderem gefordert: **„Erhaltung aller Arbeitsplätze bei AEG-Telefunken; keine weiteren Opfer der Belegschaft in Form von Lohn- und Gehaltsverzicht".**

In einer Entschließung der Vertrauensleute der IGM wurde festgestellt, daß bisherige „Vorleistungen" der AEG-Belegschaften im Vertrauen darauf hingenommen worden waren, daß der Konzernvorstand die Arbeitsplätze sichern würde. **„Diese Illusion ist endgültig zerplatzt. Es liegt an uns, nun den nötigen Druck auszuüben, der den Vorstand und vor allem die Banken in die Verantwortung für den gesamten Konzern in seiner jetzigen Größe zwingt"**, heißt es dann in der Entschließung. Und weiter: **„Angesichts von 4000 anstehenden Entlassungen in Hamburger Metallbetrieben werden wir umdenken müssen, d.h. es gilt nicht nur Entlassungen bei AEG zu verhindern, sondern für den tatsächlichen Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen."**







Belegschaften wehren sich gegen Arbeitsplatzvernichtung. Von oben nach unten: 1000 Beschäftigte von Bremshey demonstrierten in Hilden. In Hamm an der Sieg gingen 500 Menschen gegen Stillegungspläne von Krages auf die Straße. Gegen die Pläne der AEG-Bosse protestierten rund 2000 Belegschaftsmitglieder in Hamburg.

Noch einmal zu Videocolor

„Trotzdem war unser Kampf nicht umsonst"

Vor einiger Zeit erhielten wir vom Streikkomitee der Belegschaft des inzwischen weitgehend stillgelegten Videocolor-Werkes in Ulm ein an all diejenigen gerichtetes Rundschreiben, die die Videocolor-Belegschaft im Januar 1982, während ihres fast dreiwöchigen Streiks zur Erhaltung der Arbeitsplätze mit Spenden unterstützt hatten. Beigelegt war dem Schreiben das Kommunique der Belegschaft von Videocolor „Wir kämpfen für den Erhalt unserer Arbeitsplätze!", in dem Lehren und Erfahrungen dieses bedeutenden Kampfes festgehalten und weitervermittelt werden. Wir halten beide Texte für nach wie vor interessant und aktuell. Deshalb geben wir im folgenden Auszüge davon im Wortlaut wieder. Auf eine ungekürzte Wiedergabe mußten wir aus Platzgründen leider verzichten.

Ulm, im März 1982

Betrifft: Ihre Spende für die streikende Belegschaft von Videocolor, Ulm

Liebe Spender,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Streikkomitee dankt ihnen im Namen der Belegschaft von Videocolor herzlich für die bewiesene Solidarität anläßlich unseres fast drei Wochen dauernden Streikes zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze bei Videocolor.

Gerade das Wissen um die tausendfache solidarische Unterstützung unseres Kampfes, auch durch finanzielle Zuwendungen, hat uns den Mut gegeben, die Risiken eines solchen Kampfes gegen einen multinationalen Großkonzern auf uns zu nehmen.

Die Belegschaft von Videocolor hat ihr Kampfziel: ihre Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern, nicht erreichen können.

Warum dies nicht erreicht werden konnte, stellen wir in dem beigelegten Kommunique eingehend dar.

Trotzdem war, so meinen wir, unser Kampf nicht umsonst, denn er hat gezeigt, daß, wenn Arbeiter und Angestellte gemeinsam handeln, vieles erreicht werden kann, auch gegen weltweit operierende Konzerne.

Wir haben erreicht, daß unser Streik, der nach herrschender Rechtsauffassung in der Bundesrepublik illegal war — ein sogenannter wilder Streik — von der Konzernleitung der Muttergesellschaft von Videocolor, Thomson-Brandt, als legal anerkannt worden ist.

Thomson-Brandt mußte sich, neben der Einzahlung von 12,5 Millionen Mark für Abfindungen — außerhalb des in einer Einigungsstelle von Arbeitgeberseite der Belegschaft aufgezwungenen schlechten Sozialplanes — auch bereit finden, alle Streiktage voll zu bezahlen.

Damit ist unser Streik legalisiert worden und wir hoffen, daß das von uns erkämpfte Ergebnis, für Belegschaften in gleicher oder ähnlicher Situation, Zeichen setzen wird.

Da die Belegschaft von Videocolor während ihres Streiks, aufgrund des mit Thomson-Brandt am 27.1.1982 zustande gekommenen Vertrages, nun keinen Einkommensverlust hat, ist in einer Belegschaftsversammlung vom gleichen Tage, übereinstimmend beschlossen worden, alle eingegangenen Spenden im Sinne des Spenderwillens, ausschließlich und in geeigneter Rechtsform, für den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen dort zur Verfügung zu stellen, wo ebenfalls gegen Unternehmermacht und willkürliche Arbeitsplatzvernichtung angekämpft werden muß.

Dieser Beschluß der Belegschaft hat uns in seiner Umsetzung eine Vielzahl von Schwierigkeiten beschert, die schlagend deutlich machen wie sehr gesetzliche und auch steuerliche Bestimmungen dazu gemacht sind, um einseitig für die Unternehmer Partei zu ergreifen (...).

(...) Anträge zur Unterstützung in oben angebenem Sinn können an die Arbeiterwohlfahrt Ulm gerichtet werden.

Wir möchten uns nochmals für die von ihnen praktisch gezeigte Solidarität bedanken und gleichzeitig anbieten unsere Erfahrungen an interessierte Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

In Kürze wird unser Arbeitskampf in Form einer Dokumentation der IG Metall Ulm auch zu Papier gebracht und gedruckt vorliegen. Im Herbst wird ein während des Arbeitskampfes entstandener Film von Kollegen der Arbeiterkammer Bremen vorliegen, der ebenfalls für alle Interessierte zur Verfügung stehen wird. Nochmals herzlichen Dank für ihre Solidarität.

Mit solidarischen Grüßen
Belegschaft und Streikkomitee
Videocolor GmbH Ulm/Donau

Kommuniqué der Belegschaft von Videocolor
Wir kämpfen für den Erhalt unserer Arbeitsplätze!

(...) Wir erklären der Öfentlichkeit und den verantwortlichen Politikern:

Wir haben in dieser Auseinandersetzung gelernt, daß wir uns letztlich nur auf unsere eigene Kraft und unsere Organisation — die IG Metall — verlassen können. Wir werden uns zusammen mit unserer IG Metall gegen jeden Versuch zur Wehr setzen uns — die Opfer der Konzernpolitik von Thomson-Brandt — zu den Schuldigen machen zu wollen. Und das schon gar nicht von den Politikern, die außer mehr oder weniger guten Worten keinerlei wirksame Taten gegen die zum Himmel schreienden Machenschaften des Thomson-Brandt-Konzern ergriffen haben (...).

Die Politiker sollten sich überlegen, wie sie der im Grundgesetz garantierten Sozialbindung des Eigentums Geltung verschaffen wollen. Sie sollten sich auch überlegen, ob es nicht an der Zeit wäre, gegen solche Konzerne — für die Thomson-Brandt nur ein Beispiel ist — von der ebenfalls grundgesetzlich garantierten Möglichkeit der Enteignung Gebrauch zu machen.

— Es muß Schluß gemacht werden, damit, daß ein Konzern Arbeiter und Angestellte hin- und herschiebt wie Figuren auf einem Schachbrett.

— Es muß Schluß sein damit, daß unsere Gewerkschaft, der wir deshalb angehören, damit wir mit ihr unsere Interessen wirksam vertreten werden, unseren Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze nicht anführen kann. Das sogenannte Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik ist nach unserer Auffassung eher als Arbeitskampfverhinderungs-Unrecht zu bezeichnen.

— Es muß Schluß sein mit der Vernichtung einer eigenständigen Unterhaltungselektronik in Europa durch amerikanische und japanische Konzernbosse, deren willfähige Helfershelfer die Manager von Thomson-Brandt sind. Opfer solcher Handelskriege sind immer die Arbeiter und Angestellten, unabhängig von Nationalität und Geschlecht.

— Es muß Schluß sein mit der massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit von Familienexistenzen.

Die umfassende praktische Solidarität Tausender Kolleginnen und Kollegen, die wir im Verlauf unseres Kampfes erfahren haben, zeigt uns, daß immer mehr Menschen begriffen haben, daß der Kampf der Belegschaft von Videocolor ein Symbol für den Kampf aller Arbeiter und Angestellten um das Recht auf Arbeit und gesicherter Existenz war und bleibt (...).

Wir weisen nochmals darauf hin, daß es völlig unverständlich und widersinnig ist, wenn einer Firma erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt werden — finanziert aus den Steuern der Arbeiter und Angestellten und aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung — um arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsmaßnahmen oder Produktionseinstellung vorzunehmen und wenn dann diese Firmen ohne jegliche Kontrolle und ohne auch nur den Hauch einer Möglichkeit zur Beeinflussung von Unternehmerentscheidungen durch den Staat, mit den damit geschaffenen Produktionsanlagen nach Belieben verfahren können.

Bei Videocolor wurde sinnigerweise aus dem Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens von der Bundesregierung der Einsatz und die Erprobung von Handhabungsautomaten finanziert, die schon Hunderten unserer Kollegen den Arbeitsplatz gekostet haben.

Bei Videocolor wurde die Produktionsumstellung auf die 22" 110° Röhre zu einem erheblichen Teil durch Kurzarbeitsergeld finanziert. Nun, nachdem diese Umstellung abgeschlossen ist und die eine Million durch Thomson-Brandt verkaufter ROA-Röhren dieses Typs beweisen, daß ein entsprechender Bedarf in Europa vorhanden ist, wird die Firma geschlossen, ohne jede ernsthafte Gegenwehr von den Politikern, die uns Arbeitern und Angestellten gegenüber immer häufiger das Wort von Mißbrauch des sozialen Netzes durch Arbeitslose auf den Lippen führen.

Wir stellen demgegenüber fest, daß Mißbrauch des sozialen Netzes durch eine Anspruchsinflation der Konzerne uns Jahr für Jahr Milliarden an Steuergeldern kosten, die jetzt bei den Schwächsten — den Sozialrentnern, Studenten und Arbeitslosen — eingespart werden sollen.

Wir wollen diese Arbeitsplatzkiller nicht länger auch noch finanzieren müssen, ohne auch nur gefragt zu werden.

Wir verlangen wirkungsvolle Gegenmacht gegen Arbeitsplatzvernichter — auch von staatlicher Seite. Wir mußten feststellen, daß das sogenannte Recht in der Bundesrepublik einseitig und eindeutig auf der Seite der wirtschaftlich Mächtigen steht, wenn es um Betriebsschließungen geht und nicht auf Seiten derer, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

Es wird daher Zeit, daß wir Arbeiter und Angestellte selbst aktiv gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen vorgehen und gleichzeitig den Politikern klar machen, daß sie unsere Interessen zu vertreten haben, wenn sie von uns gewählt werden wollen.

Wir werden sie an ihren Taten und nicht an ihren Sonntagsreden messen. Und wir werden uns nicht mehr nur auf sie verlassen, sondern mit unserer Gewerkschaft noch stärker für unsere eigenen Interessen eintreten.

Wir, die wir tausenfache solidarische Unterstützung erfahren haben, möchten nun alle Kollegen auffordern, den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen mutig und offensiv aufzunehmen. Denn unser Kampf hat gezeigt, daß wir gemeinsam etwas erreichen können, auch dann, wenn wir die Erhaltung unserer Arbeitsplätze nicht geschafft haben.

Unser Kampf kann nur ein Anfang sein, gemäß der alten Erfahrung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, daß es oft vieler halber Siege — so bei Videocolor — und auch vieler Niederlagen in unserer Geschichte bedurfte, um unsere Arbeitsbedingungen und unsere Lebensbedingungen zu verbessern.

Aus diesem Grunde stellt die Belegschaft von Videocolor ca. 500000 Mark an Spenden für Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung, die wir wir um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gegen Unternehmermacht ankämpfen.

Aus unserer Erfahrung bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen

— fallt nicht auf das Märchen herein, daß durch momentane Zugeständnisse — ob beim Lohn, bei Entlassungen oder bei den Arbeitsbedingungen — die restlichen Arbeitsplätze sicherer werden.

— Seid hellhörig, wenn Abteilungen verlagert oder aufgelöst werden sollen; oft ist dies der Anfang vom Ende der ganzen Fabrik.

— Wehrt euch gegen Betriebsaufteilungen, Verlust an Fertigungstiefe und Abbau eigenständiger Forschung und Entwicklung: Diese Maßnahmen schaffen oft erst die Voraussetzungen dafür eine Firma rote Zahlen schreiben zu lassen.

Stoppt die Arbeitsplatzvernichter!

Kohlenhalden an der Ruhr wachsen

Alarmsignale in Schacht und Stollen

ESSEN. — Im bundesdeutschen Steinkohlebergbau kriselt es. „Schlagende Wetter" kündigen sich an. Die Alarmsignale: Meldungen von wachsenden Kohlehalden, von angekündigten Feierschichten und Teilstillegungen. Schon droht der Chef des größten Konzerns im westdeutschen Steinkohlebergbau, der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, Karlheinz Bund, mit einem Abbau der Förderkapazitäten.

Klingen uns nicht die Panikmache-Parolen noch im Ohr, mit denen man uns weismachen wollte, falls dieses Land nicht mit Atommeilern vollgespickt werde, gingen bei uns morgen die Lichter aus? Wie demagogisch und verlogen diese Propaganda war, verdeutlichten andere Schlagzeilen, die dieser Tage in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse zu finden sind:

„Süddeutsche Zeitung" vom 28.6.82: „Kohlenkrise bricht erneut auf — Bei der Ruhrkohle wachsen die Halden". „Frankfurter Rundschau" vom 28.6.82: „Ruhrkohle in schwieriger Lage". „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ): „Wenn der Absatz nicht Schritt hält..." Und in der konzerneigenen Zeitschrift „Ruhrkohle" (Nummer 4/82) orakelt RAG-Vorstandsvorsitzender Karlheinz Bund düster: „Die Lage kann bedrohlich werden".

Ist das nur Zweckpessimismus, der aus Anlaß der gegenwärtig laufenden Weichenstellungen für den Bundeshaushalt '83 betrieben wird, damit die staatlichen Subventionen für den Steinkohlebergbau wieder stärker sprudeln? Das spielt sicherlich auch eine Rolle. So verlangte der Verkaufschef der RAG Siegfried Batzel jetzt unverfroren: „Zumindest eine Verdopplung der Kokskohlen-Förderbeihilfe ist erforderlich".

Aber andererseits haben die düsteren Prognosen über eine neue Kohlenkrise durchaus ihren realen Hintergrund (auch wenn es beileibe nicht die Sorge um den Arbeitsplatz des Kumpels ist, die einen Karlheinz Bund beschäftigt). Bereits im vergangenen Jahr war der Absatz an bundesdeutscher Steinkohle leicht rückläufig. Und in diesem Jahr zeichnet sich eine drastische Zuspitzung der Situation ab.

Wurden im vergangenen Jahr 1,8 Millionen Tonnen Kohle an Rhein, Ruhr und Emscher auf Halde gekippt, so wird damit gerechnet, daß es in diesem Jahr mehrere Millionen Tonnen sein werden. Man geht davon aus, daß die Kohlenhalden im Ruhrgebiet innerhalb des laufenden Jahres von 10 auf 12 bis 13 Millionen Tonnen anwachsen werden.

Als Hauptgrund für den Absatzrückgang wir die wirtschaftliche Rezession genannt, vor allem aber die Krise in der Stahlindustrie. Außerdem wird das reichliche Angebot an Steinkohle auf dem Weltmarkt und die Konkurrenz anderer Energieträger (Öl und Kernkraft) angeführt. In diesem Zusammenhang muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß die Ruhrkohle AG selbst im Ausland Steinkohle fördert. Ebenso muß man wissen, daß der Steinkohlebergbau, die Mineralölwirtschaft sowie die Atomindustrie in der Bundesrepublik kapitalmäßig eng verflochten sind.

Zweifellos ist es aber richtig, daß der Kapazitätsabbau in der Stahlindustrie erhebliche Auswirkungen auf den Steinkohlenabsatz hat. So hängt die RAG zur Zeit mit rund der Hälfte ihres Umsatzes von der eisen- und stahlerzeugenden Industrie ab. Der Absatz der RAG an die eisenschaffende Industrie, der vergangenes Jahr bei 32 Millionen Tonnen lag, wird in diesem Jahr voraussichtlich deutlich unter die 30-Millionen-Tonnen-Grenze sinken. Und auch die allgemeine Wirtschaftslage schlägt sich natürlich im Steinkohlenabsatz nieder.

Von daher ist es nicht verwunderlich, daß der Absatz der RAG seit 1979 von 72,5 Millionen Tonnen Steinkohle auf 63,0 Millionen Tonnen im Jahr 1981 gesunken ist. Offiziell schreibt man in der RAG heute rote Zahlen. Allerdings sollte niemand an das Märchen glauben, daß die Energiekonzerne aus dem Steinkohlebergbau keinen Profit mehr herausschlagen. Tatsache ist, daß der Umsatz der RAG trotz des Absatzrückganges innerhalb der vergangenen drei Jahre kräftig gestiegen ist: Von 12,94 Milliarden Mark 1979 auf 14,28 Milliarden Mark 1981. Auch gegenüber 1980 ist der RAG-Umsatz 1981 trotz der verschärften Krise noch einmal um gut eine Milliarde Mark gestiegen. Der sogenannte Cash flow, der ungefähr die Höhe des Profits erkennen läßt, wird in der RAG-Bilanz für 1981 mit 1,3 Milliarden Mark angegeben.

Daß trotz rückläufigem Umsatz noch hohe Gewinne gemacht wurden, erklärt sich in erster Linie aus den erhöhten Preisen auf der einen und der Lohndrückerei auf der anderen Seite. Die Reallöhne sind auch im Steinkohlebergbau in den vergangenen drei Jahren empfindlich gesenkt worden. Man erinnere sich nur an den Schandabschluß in der Bergbautarifrunde 1981, als den Kumpels jämmerliche 4,6 Prozent aufs Auge gedrückt wurden, während die Metaller wenigstens noch auf 4,9 Prozent gekommen sind.

Aber mit einfachem Profit ist das Kapital nicht befriedigt, es verlangt nach Maximalprofit. Wenn der Kohleabsatz jetzt verstärkt zurückgeht und die kostspielige Aufhaldung sprunghaft steigt, dann bedeutet dies für die Zechenherren, daß besondere Maßnahmen fällig sind. Die „Frankfurter Rundschau" vom 28. Juni berichtet über entsprechende Äußerungen, die RAG-Boß Karlheinz Bund auf der Pressekonferenz anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichtes für 1981 gemacht hat:

„Bund: ‚Wir haben einen ganz schweren Weg vor uns'. Er kündigte ‚sehr harte und drastische Maßnahmen' zur Kostensenkung an. Scharfe Rationalisierungen, Einsparungen bei den Sachkosten und auch beim Personal und gekürzte Investitionen sind die zu erwartende Folge."

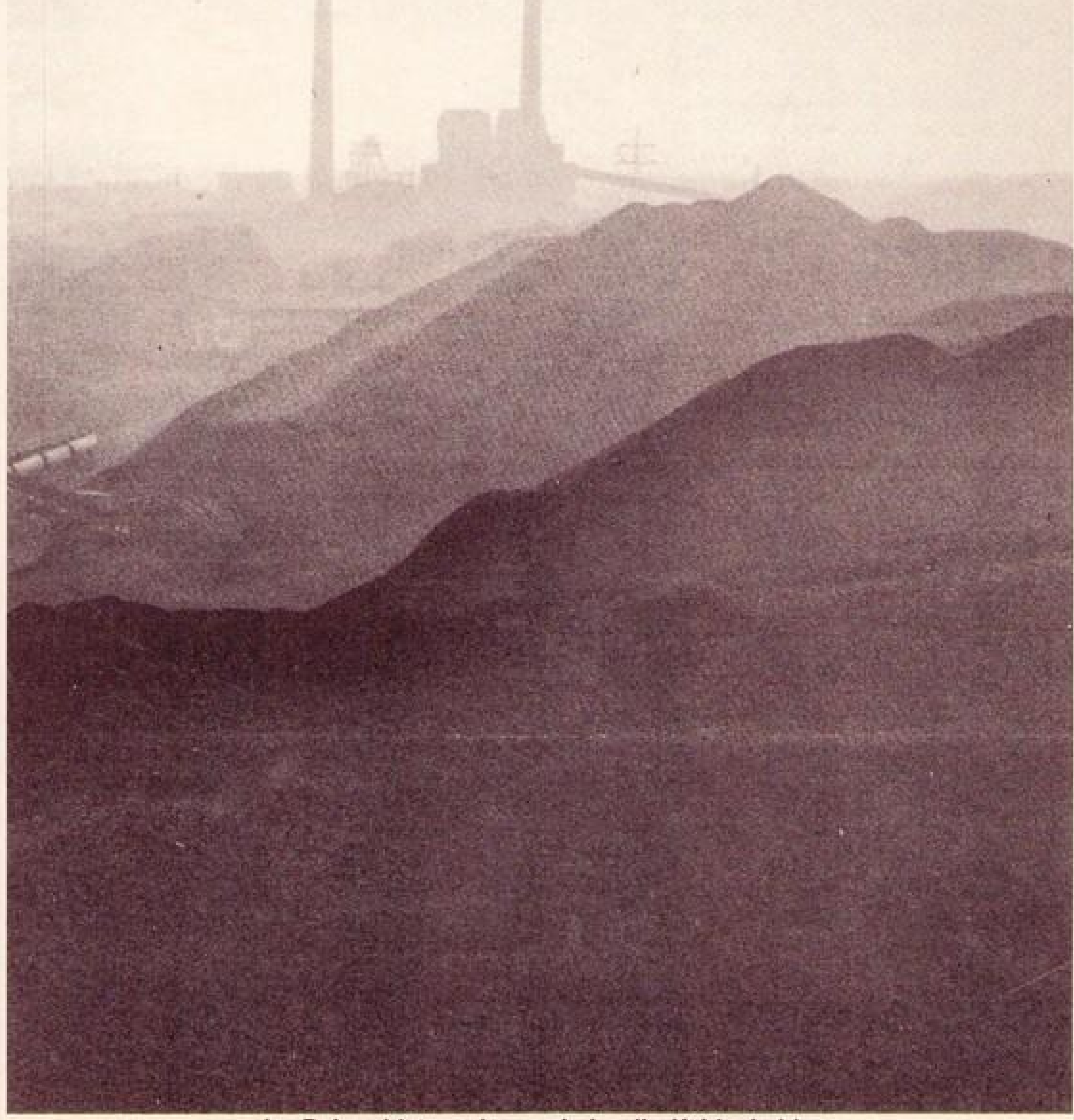
Wenn man davon ausgeht, daß „Maßnahmen" bei der RAG auch schon im letzten Jahr ergriffen wurden, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was auf die Kumpel zukommt, wenn Bund seine Ankündigung wahrmacht. Während die RAG ihren Belegschaftsstand noch 1980 um fast 2300 Beschäftigte auf 129421 erhöhte und ihn dann bis Ende 1981 mit 129084 fast auf diesem Niveau hielt, wurde er allein im vergangenen halben Jahr um mehr als 1000 Beschäftigte auf ca. 128000 gedrückt.

Die Alarmsignale in Stollen und Schacht sind also nicht zu übersehen. Für die Kumpel und ihre Gewerkschaft wird es Zeit, sich zum Widerstand gegen die zu erwartenden Angriffe zu rüsten. Die Zechenherren haben bereits zum Schlag gegen die Arbeitsplätze ausgeholt. RAG-Chef Bund hat nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß er die Kapazitäten nur in dem Maße aufrechterhalten will, in dem ein Absatz langfristig sichergestellt ist.

Im Zweifelsfalle werden die Zechenherren nicht zögern, Schachtanlagen stillzulegen. Auch der energiepolitische Kurs der Bundesregierung ist nicht auf die Sicherung der heimischen Kohle sondern auf die Profitinteressen des Finanzkapitals ausgerichtet. Und das Finanzkapital will mit Öl und Atomkraft das dicke Geld machen.

Nimmt man allerdings die neueste Ausgabe der Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie „Einheit" zur Hand, so wird man vergeblich nach aufklärenden und mobilisierenden Beiträgen suchen. Vielmehr bekommt man da den Eindruck vermittelt, als wären die Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau heute so sicher wie nie zuvor. Allein auf den Seiten eins bis drei des Blattes finden sich folgende fettgedruckte Überschriften: „Mehr Strom aus Kohle — Kraftwerke sind im Bau"; „Auch Ölmultis setzen auf Kohle"; „Mehr Strom aus Kohle"; „19 Kohlekraftwerke sind zur Zeit im Bau".

Da kann sich der Kumpel ja beruhigt aufs Ohr legen! Von einer Gefahr für seinen Arbeitsplatz keine Spur! Oder wie?



Im Ruhrgebiet wachsen wieder die Kohlenhalden.

Der Steinkohlebergbau in der Bundesrepublik

Seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute wurden in mehreren Stillegungswellen von den 1957 noch vorhandenen 600000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau der deutschen Bundesrepublik mehr als zwei Drittel vernichtet, so daß heute nur noch 190000 übrig sind. 1968 wurde durch die Gründung der halbstaatlichen Ruhrkohle AG fast der gesamte Steinkohlebergbau Nordrhein-Westfalens in einem einzigen Unternehmen konzentriert. Dadurch konnten die Energiekapitalisten in den betroffenen Schachtanlagen einen radikalen Rationalisierungsfeldzug durchführen.

Inzwischen war unsere heimische Kohle auf dem kapitalistischen Energiemarkt mehr und mehr vom Erdöl verdrängt worden. Rücksichtslos wurde der Absatz der sinkenden Nachfrage angepaßt. Hunderttausende Kumpels verloren ihren Arbeitsplatz, mußten sich eine neue Arbeit suchen, oft waren sie zum Pendeln oder zum Wechseln ihres Wohnortes gezwungen.

Zunächst drang also das Öl bei der Energieversorgung unaufhaltsam vor. Von 1950 bis 1978 stieg der Anteil des Öls von 10 Prozent auf 53 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der Steinkohle von 74 Prozent auf 18 Prozent. Neuerdings aber setzen die Energiekonzerne sowie andere wichtige Teile des Monopolkapitals (die Kraftwerksindustrie) ihre Profiterwartungen vor allem auch auf die Atomenergie. Die Anzahl der Atomkraftwerke in der Bundesrepublik soll demnach in den nächsten Jahren verdoppelt werden.

Zusätzlich bedroht sind die Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau durch die Stahlkrise. Wenn Hochöfen erkalten, sinkt naturgemäß der Absatz von Kohle entsprechend. Allein Hoesch in Dortmund nahm bisher jährlich 2,2 Millionen Tonnen Koks ab. Das ist die Förderung einer Großschachtanlage. Die Beschneidung der Kapazitäten in der Stahlindustrie hat die Zechenherren (die kapitalmäßig wiederum mit den Stahlbaronen verbunden sind) veranlassen, die Förderkapazitäten im Steinkohlebergbau dementsprechend zu verringern und die Belegschaften entsprechend zu verkleinern.

Sowohl von der Notwendigkeit der Eindämmung der Arbeitslosigkeit her als auch von verschiedenen anderen wichtigen Interessenlagen des arbeitenden Volkes her gibt es nur eine sinnvolle politische Alternative: Die Sicherung der Energieversorgung auf der Basis unserer heimischen Steinkohle.

Kohle in Not

Bergarbeiterkorrespondenz aus Dortmund

„Ruhrkohle gerät in Bedrängnis". So lautet eine der Schlagzeilen in der Presse am 15. August '82. Die Kohle, die trotz der allgemeinen Wirtschaftsleute immer noch als Stabilitätspfeiler der Wirtschaft galt, gerät in den Strudel der Krise.

Die Ruhrkohle AG, die in den letzten drei Jahren 5000 Neubergleute und Facharbeiter vom Arbeitsmarkt angeworben hatte, fragt heute laut in der Öffentlichkeit, „ob die Förderkapazitäten aufrechterhalten bleiben können". Was ist hier „faul im Staate Dänemark"?

Energie für tausend Jahre: Kohle

Der größte Rohstoffvorrat der Welt ist die Kohle. Die totalen Steinkohlereserven der Welt betragen laut UNO 8134 Milliarden Tonnen. Bei einer Weltjahresförderung von 2,1 Milliarden Tonnen Steinkohle würden diese Vorräte, selbst bei totaler Umstellung auf Steinkohle, für mehr als 1000 Jahre ausreichen.

Brauchen wir Atomenergie bzw. Atomkraftwerke?

Der beschränkteste Vorrat an Reserven zur Energieversorgung besteht an Uran 235, den Grundstoff der Atomkraftwerke. Die bekannten ca. 2,5 Millionen Tonnen Uran reichen ca. für 20 Jahre. Die „Entsorgung" des Atommülls stellt ein ungelöstes Problem dar. Was die angebliche Sicherung von Arbeitsplätzen durch die Atomenergie anbelangt, so sei hier lediglich der Hinweis gebracht, daß man, um die gleiche Menge Strom zu erzeugen, wie in einem Kohlekraftwerk in einem Kernkraftwerk mit 12 Prozent der Belegschaft auskommt.

Schon heute erhöhen uns die RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) die Strompreise, um den Bau und die Entsorgung von Kernkraftwerken finanzieren zu können. Der Bau der Kernkraftwerke bedroht zunehmend die Rolle der Kohle bei der Energieversorgung. Laßt uns daher für den Bau umweltfreundlicher Kohlekraftwerke eintreten!

Kohleverflüssigung — ja!

Am 8. Juli 1981 ging in Bottrop eine Versuchsanlage zur Kohleverflüssigung in Betrieb. Viele Hoffnungen wurden in der Öffentlichkeit auf dieses Projekt gesetzt, eröffnete diese Anlage doch die Perspektive einer verstärkten Nutzung unserer heimischen Steinkohle. So schafft zum Beispiel eine Großanlage zur Kohleverflüssigung nach Berechnungen der sogenannten GfK-Studie 10200 neue Arbeitsplätze. Durch die Produktion des Kohlebenzins würde die deutsche Zahlungsbilanz um 33 Milliarden Mark entlastet.

Vor einiger Zeit (bevor die Mineralölkonzerne beim Benzinpreis die „Schallgrenze" von 1,35 Mark pro Liter durchbrochen hatten) wurde noch die Herstellung des Kohlebenzins zu einem dem normalen Benzin entsprechenden Preis für unmöglich erklärt. Warum wird dieser Weg von den Energiepolitikern dieses Landes nicht beschritten?

Die Antwort der VEBA Oel AG (die VEBA ist einer der Hauptaktionäre der Ruhrkohle AG) in einer Vorstudie lautet, die großtechnische Verflüssigung sei hierzulande unwirtschaftlich. Dies ist jedoch wenig glaubwürdig. So klagt der Staat doch ständig über die hohe Staatsverschuldung und die leeren Haushaltskassen. Und die Leistungsbilanz der BRD hatte im vergangenen Jahr ein Defizit von 28 Milliarden Mark.

Volksbegehren für die Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis

Für die Forderung nach Sicherung unserer Energieversorgung auf Kohlebasis wäre ein Volksbegehren bestimmt sehr nützlich. Man könnte die Forderung wegen der engen Verflechtung von Kohle und Stahl auch so formulieren: „Für die Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis und die Verstaatlichung der Stahlindustrie". Das ist eine Überlegung, die ich hiermit einmal in die Debatte einbringen will.

Ein Kronzeuge packt aus

Das Magazin „konkret" versteht es weiterhin — nach den Enthüllungen über den bayerischen Staatsschützer Langemann — mit gut recherchierten Informationen über Vorgänge in unserem Staat, die eigentlich zur Geheimhaltung vorgesehen sind, für Aufregung zu sorgen. In der Juli-Ausgabe der „konkret" findet sich ein Sonderteil von Stefan Aust, der die Geschichte des Reiner Hochstein erzählt — die Geschichte eines der einst meistgesuchten westdeutschen Terroristen, der vom Verfassungsschutz unter Druck gesetzt, mit Erpressungen, Drohungen, Versprechungen zur Zusammenarbeit gebracht und zum Kronzeugen im Prozeß wegen der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann aufgebaut wurde. Eine Geschichte, durch die „ein Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaates" freigegeben wird, die hilft, das Lügenmärchen von der Unabhängigkeit der Justiz in unserem Staat zu entlarven.

Reiner Hochstein wurde zusammen mit seiner Frau Inga am 26.2.75 in Hamburg verhaftet. Einen Tag später wurde in Westberlin der CDU-Vorsitzende Peter Lorenz entführt. Der Staatsschutz trat zum ersten Mal an Hochstein heran, weil ihm dessen mehrmaliger Aufenthalt in Westberlin bekannt war. Er mußte allerdings wieder abziehen, weil der Verhaftete nichts wußte. Für Hochstein begann eine mehrmonatige Isolationshaft; nach ihrer schrittweisen Lockerung wurde er immerhin noch körperlich mißhandelt, Treppen hinuntergestoßen, mit Ohrfeigen aus dem Schlaf gerissen. „Doch das war nichts besonderes. Viele ‚Politische' sind so oder schlimmer behandelt worden. Es war Phase Nummer 1 im Weichklopfen von Untersuchungsgefangenen."

Einige Zeit später wurde Hochstein nach Westberlin verlegt. Eines Tages erhielt er Besuch vom Verfassungsschutz: Ein Beamter namens Grünhagen wollte ihn zur Mitarbeit werben.

Daß er Grünhagen hieß, erfuhr Hochstein allerdings erst später. Er lernte ihn als „Petersen" kennen; „Rühl" war ein anderer Deckname dieses Mannes. Grünhagen — das ist derselbe Spitzel, der aus dem Mordfall Schmücker bekannt ist. Auch Ulrich Schmücker war von Grünhagen dazu gebracht worden, Aussagen vor dem Verfassungsschutz zu machen. Schmücker wurde im Juni 1975 nach seiner Haftentlassung erschossen.

Die Methode Grünhagens: Drohungen, Erpressungen, Versprechungen... „Sie sind verantwortlich für die Festnahme von Reinders, Viett und Plambeck. Es wäre doch unangenehm für Sie, wenn Ihre Leute erführen, daß Sie reingelegt haben." Zu Inge Viett und Ralf Reinders, damals fieberhaft gesuchte Mitglieder der „Bewegung 2. Juni", hatte Hochstein in Vorbereitung eigener Unternehmungen Kontakt gehalten. Und er hatte in einem Notizbuch, das er zur Zeit seiner Festnahme bei sich trug, kaum verschlüsselt die Adresse eines „toten Briefkastens", der der Nachrichtenübermittlung diente, eingetragen. Daß diese Eintragung bei der Festnahme von Inge Viett und den anderen wohl gar keine Rolle spielte, wußte er nicht. Für ihn stand die Drohung: Entweder du arbeitest mit dem Verfassungsschutz zusammen, oder die Behörde gibt deine Notizen über die Presse öffentlich bekannt, und dann wirst du wohl umgebracht... Letzteres sollte er zumindest befürchten müssen. Außerdem drohte ihm eine Verurteilung wegen Mordes, nämlich wegen Beteiligung an der Aktion gegen Drenkmann. Aufgrund seiner Hamburger Aktivitäten hatte Hochstein hier zwischen zehn und fünfzehn Jahren zu erwarten; hier versprach ihm Grünhagen erheblichen Strafnachlaß.

Hochstein ging auf das Angebot ein. Während nach außen hin mit erheblichem Aufwand vorgetäuscht wurde, Hochstein würde jedes Ansinnen zur Aussage vor den Staatsschutzbehörden ablehnen, traf er sich oft mit Grünhagen und erzählte ihm, was er von der Drenkmann-Sache wußte oder zu wissen meinte. Er selbst war an der Aktion nicht beteiligt; er belastete namentlich Inge Viett, Ralf Reinders, Andreas Vogt und Fritz Teufel. Das jedenfalls notierte Grünhagen. Fritz Teufel etwa konnte aber an der Sache schon deshalb nicht beteiligt gewesen sein, weil er in der fraglichen Zeit nachweislich nicht in Westberlin war.

Hochstein machte seine Aussagen auch unter der Voraussetzung absoluter Geheimhaltung von Seiten des Staates; er sollte beispielsweise niemals in einem Prozeß aussagen müssen. Aber daraus wurde nichts, wie überhaupt nicht eines der Versprechungen Grünhagens eingehalten wurde.

Hochstein wurde von Grünhagen unter Druck gesetzt, doch im Prozeß gegen die angeblichen Lorenz-Entführer und Drenkmann-Mörder auszusagen. Grünhaben behauptete, die Staatsanwaltschaften würden ihn sonst selbst noch in die Mordsache hineinziehen. Tatsächlich hatte die Bundesanwaltschaft das Verfahren gegen ihn in dieser Sache zu diesem Zeitpunkt aber bereits eingestellt.

Die Rolle des Verfassungsschutzes sollte geheim gehalten werden. Vor Gericht sollte es so aussehen, als hätte der verantwortliche Staatsanwalt Müllenbrock ihn zur Aussage gebracht. Ein entsprechendes Protokoll wurde aufgesetzt; um den Schein zu wahren, bekam Hochstein den Staatsanwalt und den Verfassungsschützer nie zusammen zu sehen, sie besuchten ihn immer kurz hintereinander. Müllenbrock sagte auch vor Gericht in dem gewünschten Sinne aus.

Vor dem Drenkmann-Prozeß wurde Hochstein dann zu elf Jahren Haft verurteilt; Grünhagen sagte ihm zu, er werde nach drei Jahren freikommen.

Im Vorfeld des Drenkmann-Prozess ließ Staatsanwalt Müllenbrock in den Büros der Verteidiger der Angeklagten umfangreiches Material beschlagnahmen, insbesondere Papiere, aus denen ihre Prozeß-Strategie hervorging. Von Grünhagen wurde Hochstein dann über das beabsichtigte Vorgehen der für ihn gegnerischen Verteidiger bestens informiert. Der Staat aber tat noch mehr, um laufend am Ball zu bleiben und auch seinen Kronzeugen auf dem laufenden halten zu können: Die Angeklagten erhielten einen Anwalt als Zwangsverteidiger zugeordnet, der in der Kanzlei des Hochstein-Anwalts Dulde arbeitete. Dulde genießt das Vertrauen von Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz.

Einer der Verteidiger, Rechtsanwalt Panka, vermutete in Kenntnis des Schmücker-Verfahrens eine Beteiligung des Verfassungsschutzes beim Zustandebringen der Aussagefreudigkeit Hochsteins. Zusätzlich bestätigt wurde der Verdacht durch eine Aktennotiz zum genannten „toten Briefkasten", dessen Existenz, so hieß es da, sei „dienstlich bekannt" geworden. Wenn es aber irgendwo heißt „dienstlich wurde bekannt", dann steckt immer der Verfassungsschutz dahinter. Die Sache kam vollends ins Rollen, als Grünhagen im Zusammenhang mit dem Schmücker-Verfahren in der Presse entlarvt wurde. Nicht nur wurde er als Kontaktperson für Hochstein unbrauchbar. Viel schlimmer für die Behörden war, daß Andreas Vogel Hochstein in Begleitung des Staatsschützers im Hamburger Polizeipräsidium gesehen hatte. Panka stellte daraufhin einen Beweisantrag zur Vorladung Grünhagens und zur Bestätigung, daß Hochstein bereits lange vor der Aussage gegenüber der Staatsanwaltschaft beim Verfassungsschutz ausgesagt und somit vor Gericht gelogen hatte. Grünhagen erhielt Aussageverbot. Aber sein Chef, Franz Natusch, erschien vor Gericht und bestätigte die fragliche Tatsache. Die vollständige Herausgabe der Grünhagen-Protokolle, die nun beantragt wurde, lehnte der damalige SPD-Innensenator von Westberlin, Ulrich, ab.

Das war nun selbst dem Gericht zuviel. Es erklärte Hochstein für unglaubwürdig und sich selbst für außerstande, dessen Bekundungen als Grundlage für eine Verurteilung der Angeklagten zu nehmen. Es stellte fest, daß aufgrund der Umstände naheliege, „daß dem Zeugen Hochstein irgendwelche Zusagen gemacht worden seien, um seine Aussagebereitschaft zu wecken. Zwar liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß solche Zusagen gegen § 136a StPO verstoßen haben könnten. (Dieser Paragraph betrifft die Unvereinbarkeit von Zeugenaussagen wegen unzulässiger Vernehmungsmethoden. Daß dafür keine Anzeichen vorgelegen hätten, ist sicher — gelinde gesagt — eine Fehleinschätzung des Gerichts. — RM) Gleichwohl würde auch dadurch die Glaubwürdigkeit des Zeugen erheblich beeinträchtigt werden, denn er hat auf ausdrückliches Befragen mehrfach beteuert, ihm seien gar keine Zusagen gemacht worden."

Damit war der Kronzeuge weg, und ohne ihn lief nichts mehr, denn Beweise gegen die Angeklagten gab es nicht. Vom Vorwurf des Drenkmann-Mordes mußten sie freigesprochen werden. Sie kamen allerdings bis auf Fritz Teufel wegen der Lorenz-Entführung dennoch auf Jahre in Haft.

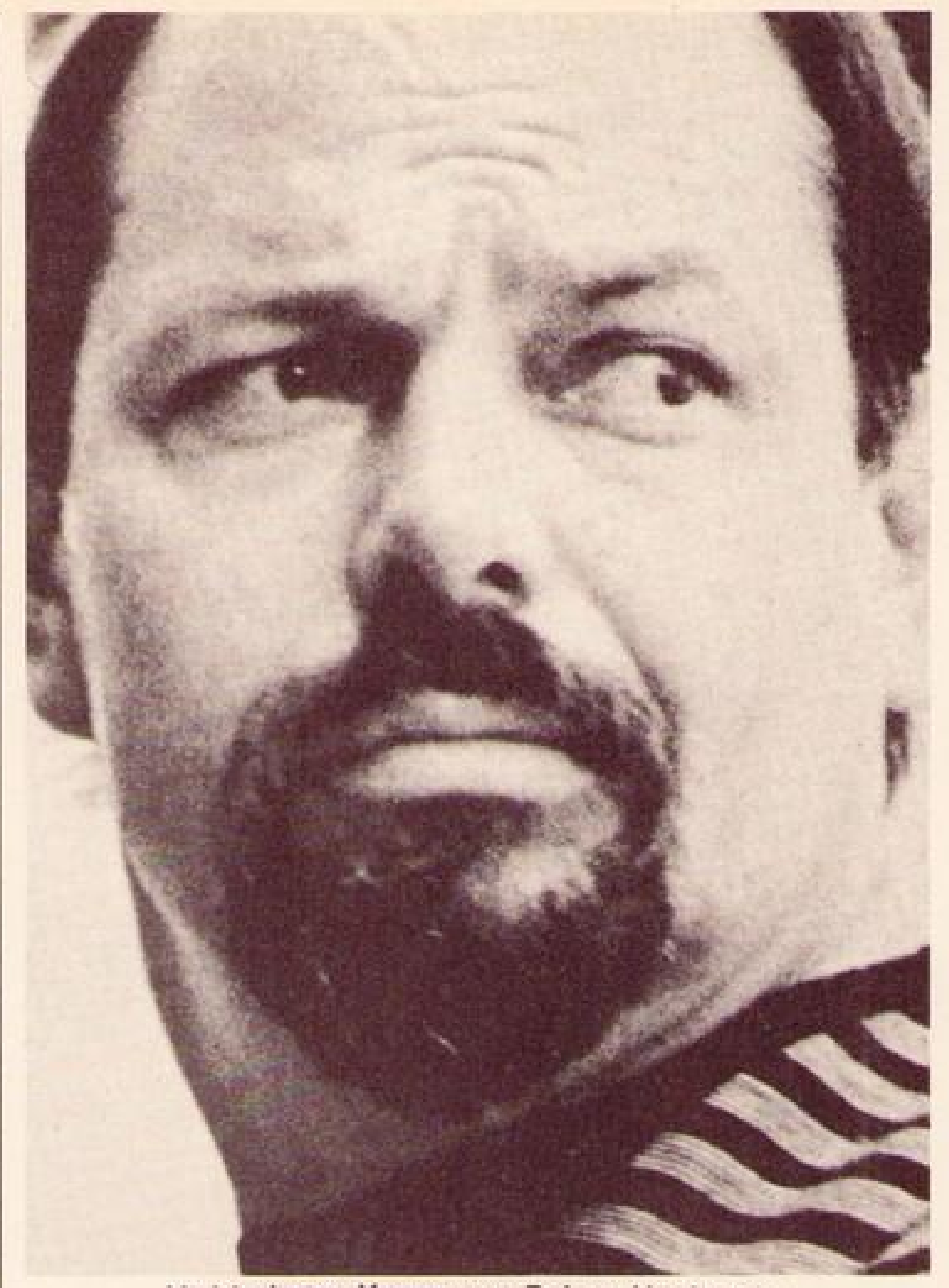
„Für den gefallenen Kronzeugen Reiner Hochstein aber wurde es jetzt bitter. Er stand als völlig unglaubwürdiger Zeuge da. Das konnte er noch verschmerzen. Eigentlich war er sogar ganz erleichtert, daß niemand wegen seiner ja letztlich unter Druck zustande gekommenen Aussage verurteilt wurde. Aber er war für die Behörden unbrauchbar geworden. Ganz allmählich wurde die schützende Hand des Verfassungsschutzes von ihm abgezogen (...) ‚Wir schützen unsere Leute nur, solange wir sie brauchen', das hatte Verfassungsschützer Rühl alias Grünhagen schon zu Ulrich Schmücker gesagt."

Keine der Vergünstigungen — neue Personalpapiere, Studienplatz, Auto usw. — erhielt Hochstein. Und er kam auch nicht nach drei Jahren frei, sondern erst 1981. Und sein Anwalt Dulde ließ auch noch durchblicken, daß er sich in Lebensgefahr begebe, wenn er seinen Fall publik mache... Er erinnerte dabei wiederum an den Fall Schmücker. Dazu muß man wissen, daß vieles dafür spricht, daß der Kronzeuge und Verfassungsschutz-Spitzel in diesem Fall, Jürgen Bodeux, den Mord selbst begangen hat. Hochstein sagt sogar, Dulde habe ihm gegenüber unzweideutig geäußert: „Bodeux hat geschossen". So muß sich Hochstein auch noch vom Verfassungsschutz selber mit der Ermordung bedroht sehen!

Stefan Aust zieht das Fazit: „Der Fall zeigt, wie weit es mit dem Verfassungsprinzip der Gewaltenteilung gekommen ist: Die Zweite Gewalt, die Exekutive, bestimmt die Dritte Gewalt, die Justiz, indem sie im Vorfeld des Verfahrens die Weichen stellt. Wohin der Zug fährt, ist nur allzu klar."

Das ist es, was wir Kommunisten Klassenjustiz nennen. „Das Auge der Justiz sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse", hat schon Bert Brecht gesagt, und diese Klasse zieht die Fäden in allen Bereichen des sogenannten Rechtssystems, der Gesetzgebung, der „Recht"-Sprechung und der Exekutive. Eine unabhängige Justiz gibt es nicht. Und die Verfahren gegen die wirklichen und angeblichen Terroristen, denen man das Etikett „links" anheftete, dienten der Einschränkung demokratischer Rechte in einem Maße, das die Bedeutung der angeklagten Taten unendlich übersteigt und die treffen soll, die sich heute von diesen Prozessen noch gar nicht betroffen fühlen: alle Antifaschisten, die Arbeiterbewegung und ihre Führer vor allem. Es wurden in diesem Zuge weitere Grundlagen für die „legale" Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur geschaffen.

Und es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß aus CDU-Kreisen heute die Forderung erhoben wird, den „Kronzeugen" ganz offiziell ins bundesdeutsche Strafrecht einzuführen. Fast jeder V-Mann im politischen oder kriminellen Bereich spielt ja bereits heute diese Rolle. Aber eine Legalisierung des Kronzeugen, eines von seiner Position, seiner Erpreßbarkeit her logischerweise zu jeder Falschaussage, zu jedem Meineid bereiten Subjektes, wäre natürlich eine weitere Aufrüstung des Arsenals der Klassenjustiz, die nicht einfach hingenommen werden kann. (Mehr dazu im nächsten RM)



Verhinderter Kronzeuge Reiner Hochstein

Demonstration gegen Neonazis und Ausländerhaß

NÜRNBERG.— Über 1000 Menschen, darunter viele ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, demonstrierten am Nachmittag des 2. Juli in Nürnberg gegen den Ausländerhaß und die Umtriebe der Neonazis. Sie gingen auf die Straße aus Protest gegen die faschistische Bluttat, der wenige Tage zuvor drei Ausländer zum Opfer fielen. Der Täter war der bekannte Neofaschist Helmut Oxner, der Kontakte zur NPD, zur NSDAP/AO und mit großer Wahrscheinlichkeit auch zur Hoffmann-Bande hatte. Die Behörden hatten ihm die Berechtigung zum Besitz von Feuerwaffen bestätigt, obwohl er bereits Ausländer und Juden am Telefon mit dem Tode bedroht hat.

Die Demonstration, zu der der Ausländerbeirat der Stadt aufgerufen hatte, wurde offiziell von mehreren Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden unterstützt. Selbstverständlich rief auch die KPD dazu auf, an der Aktion teilzunehmen. Während der Demonstration und der Kundgebung wurde hervorgehoben, daß derartige Gewalttaten aus der bei uns geschaffenen politischen Situation entspringen. Die Notwendigkeit verstärkten gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die Neonazis, des verstärkten Einsatzes für unsere ausländischen Kollegen und ihre Familien wurde betont.

„Keine Rechte für Neonazis — mehr Recht für die ausländischen Arbeiter" war eine der Parolen, die im Zug mitgetragen wurden. Außerdem wurde das Verbot aller neofaschistischen Organisationen und ihrer Propaganda gefordert.



Gedenkstätte in Nürnberg. Hier erschoß der Neonazi Oxner drei Ausländer.

Bundesdeutsche Klassenjustiz:

Schutz für Nazis, Anschlag auf Demonstrationsrecht

HAMBURG. — Zu den Maßnahmen, mit denen der bundesdeutsche Staat das Auftreten und die Propaganda der offenen Neofaschisten schützt, mit denen er sie in ihrem Treiben ermutigt, gehören die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Antifaschisten, die dieses Treiben nicht hinnehmen. In Hamburg wurden am 14. Juni zwei Antifaschisten wegen „Landfriedensbruch" verurteilt, weil sie vor drei Jahren mit Eiern nach Nazi-Hetzern geworfen haben. Das Gericht nahm diesen Fall gleich zum Anlaß, einen grundsätzlichen Anschlag gegen das Demonstrationsrecht zu starten.

Die Eier flogen bei einem Protest gegen eine Kundgebung, die die NPD am 5. Mai 1979 aus Anlaß der Europawahl in Harburg abhielt. Diese Veranstaltung, die von etwa zehn Faschisten getragen wurde, stand unter dem Schutz einer Hundertschaft Polizei.

In einem ersten Prozeß gegen den Gebäudereiniger Thomas E. und den Sozialpädagogen Bernd E. vor dem Hamburger Amtsgericht erging ein Freispruch. Der Richter erkannte auf **Notwehr**. Denn die Kundgebung diente, das mußte auch er feststellen, der **Volksverhetzung**. Wesentlicher Bestandteil damals bereits die Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger: „Die Ausländer vergiften die deutsche Rasse und Kultur."

Die Staatsanwaltschaft wollte aber um jeden Preis eine Verurteilung durchsetzen. Staatsanwalt Wittke, der auch Vorsitzender des Hamburger Richtervereins ist, ging in die Vollen. Unter Umgehung der normalerweise üblichen nächsten Instanz, der Berufung vor dem Landgericht, beantragte er die sogenannte Sprungrevision, die den Fall gleich vor dem höchsten Strafgericht des Bundeslandes, dem Oberlandesgericht, zur Verhandlung brachte.

Bei diesem Gericht fand man dann auch sofort die geistige Übereinstimmung, auf deren Grundlage das Urteil zustande kam.

So hatte die Staatsanwaltschaft die Revision begründet: Die NPD sei keine verbotene Partei. Und deshalb „den Übergriffen **intoleranter Andersdenkender** nicht schutzlos auszuliefern". Die vom Amtsgericht als Volksverhetzung gekennzeichneten Hetztiraden seien „im Rahmen der erlaubten freien Meinungsäußerung" gefallen.

So geht das. Die NPD ist nicht verboten. Damit konstatiert der Anwalt des Staates den empörenden Zustand, der auf die faschistenfreundliche Politik eben dieses Staates zurückzuführen ist. Denn diese zugestandene Legalität ermöglicht es der faschistischen Partei, überall für ihre Ziele zu werben, faschistische Aktivisten — die oft später zu Bombenlegern werden — auszubilden usw. Und damit zieht er das Verhältnis zur NPD, das Verhalten gegenüber der NPD auf die Ebene der „Toleranz", die eben unter Gleichberechtigten zu gelten habe. Er ermöglicht es, daß faschistische Politik heute offiziell wieder als gleichberechtigt, als denkbare, akzeptable Alternative zum Bestehenden gehandelt werden kann. Und damit soll es kein Recht mehr geben, den organisierten Faschisten entgegenzutreten, ihre Umtriebe zu unterbinden. Das Recht auf antifaschistischen Widerstand wird verboten in dem Land, dessen kapitalistische Herrscher noch vor wenigen Jahrzehnten unter dem Hakenkreuzbanner auf Welteroberung auszogen und unermeßliches Leid über die Völker der Welt und das deutsche Volk brachten. Daß der noch sehr harmlose Protest gegen unstrittige Volksverhetzung von einem Amtsgericht gerechterweise als „Notwehr" anerkannt wurde, das kann allerdings in der bundesdeutschen Klassenjustiz nicht hingenommen werden.

Der Vorsitzende Richter des Oberlandesgerichts, Georg Schmidt, ging genau in diesem Sinne auf den Vorfall ein. Notwehr habe nicht vorgelegen — schließlich seien die beiden weder „Fremdarbeiter", noch hätten sie sich „an die Obrigkeit um Hilfe" gewandt. Im übrigen: „Sie hätten ja auch weggehen können, wenn's Ihnen nicht paßt." „Fremdarbeiter". Das Vokabular der Hitler-Faschisten ist diesem ranghohen Richter geläufig. Und wer nicht dazugehört — was hat's denn den zu kümmern? Und was hört er sich das eigentlich an, wo's ihm doch nicht gefällt?

Auf diese unverschämt plumpe Tour entwickelte er die Grundsätze, auf denen sein Urteil fußt. Eine fatale Logik, fatal, wenn sie auf Dauer in der deutschen Bevölkerung Fuß faßte. Denn die Spaltung des Volkes ermöglicht jede reaktionäre Entwicklung bis hin zur Machtergreifung des Faschismus. Die „unabhängige" Justiz des Kapitalistenstaates setzt ihre Mittel ein, das zu ermöglichen.

Sich an die „Obrigkeit" um Hilfe zu wenden — daß das nichts nutzt, das war in Hamburg ja nun wieder sehr deutlich sichtbar. Die Obrigkeit schickte ihre Polizei, ohne deren Schutz der braune Spuk sicher schnell verschwunden wäre.

Das Bild der faschistenfreundlichen Justiz rundet sich durch kleine Begebenheiten am Rande. Staatsanwalt Reumann hatte behauptet, trotz mehrmonatiger Ermittlungen keine „Erkentnisse" über den Wohnort der für die Kundgebung verantwortlichen Neonazis erlangt zu haben. Er wurde ihm von den Verteidigern der Antifaschisten benannt — die Adressen standen im Telefonbuch. Gegen Reumann läuft jetzt ein Strafantrag wegen versuchter Strafvereitelung, gegen die NPD-Redner ein Strafantrag wegen Volksverhetzung. Eine Anzeige mit diesem Ziel hatte Reumanns Vorgänger in dem Prozeß, Gerhardt, nicht einmal entgegennehmen wollen. Er mußte allerdings wegen Befangenheit ausgetauscht werden. Gerhardt hatte sich bereits 1977 geweigert, eine Anzeige gegen den Herausgeber des „Aufmarsches", des „Reichsorgans der Faschistischen Front", anzunehmen.

Ein bezeichnender Fall. Bezeichnend und interessant dabei ist allerdings nicht allein, wie hier die Nazis geschützt und Nazi-Gegner verfolgt werden. Interessant ist, wie hier mit den Mitteln der Justiz die allgemeine Rechtsentwicklung in unserem Staat weiter vorangetrieben wird. Das, was hier bei dem blendenden Zusammenspiel von Staatsanwaltschaft und Richtern zustande kam, ist ein Schritt hin zur weiteren Beschneidung des Demonstrationsrechts über die willkürliche Ausweitung des Begriffes des „Landfriedensbruchs".

Entsprechend dem Hamburger Urteil soll Landfriedensbruch schon beim „Einsetzen körperlicher Gewalt" vorliegen — die hier zum Werfen von Eiern aufgewandt wurde. Noch 1977 hatte das Oberlandesgericht Hamm grundsätzlich entschieden, daß zum Landfriedensbruch zumindest eine gemeinschaftlich begangene Sachbeschädigung gehöre.

Die weitere Verschärfung der Rechtsprechung — und hier wird auch die politische Absicht deutlich, die Staatsanwaltschaft verfolgt — liegt in der immer häufigeren Anwendung der Sprungrevision. Das ist eindeutig ein Mittel, um Grundsatzurteile herbeizuführen. Mit Sprungrevision wurde zum Beispiel Anfang Juni der Freispruch für einen Antimilitaristen aufgehoben, der einen Blutbeutel gegen das gepanzerte Fahrzeug Kriegsminister Apels geworfen hatte (der RM berichtete). Mit Sprungrevision soll ein Freispruch für eine Strauß-Gegnerin aufgehoben werden, die im Bundestagswahlkampf einen Aufkleber am Auto hatte, auf dem Strauß hinten mit zwei SS-Runen geschrieben war. Hier geht es auch darum, einen Teil der Rechtssicherheit abzuschaffen, den Grundsatz nämlich, daß der Käufer einer öffentlich angebotenen Plakette, eines Plakats, Schriftstücks usw. davon ausgehen kann, daß es erlaubt sei. Hier wird natürlich auf Einschüchterung und Mißtrauen gegenüber politischen Presseerzeugnissen abgezielt.

Alles Maßnahmen also, um die Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung und der freien Demonstration einzuschränken. Mit eingeführt im Zuge eines Prozesses zum Schutze von Neonazis. Das ist die Frucht der „Toleranz" des Staates. Da hilft nur der entschiedene, kompromißlose absolut intolerante Widerstand gegen die Neofaschisten und die Faschisierung in unserem Land!



Faschistenaufmärsche in der Bundesrepublik stehen meist unter staatlichem Schutz

Neuer Haftbefehl gegen Kühnen

HANNOVER. — Michael Kühnen, Führer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, sollte am 25. Juli nach Verbüßung einer vierjährigen Haftstrafe entlassen werden. Ein erneuter Haftbefehl in Zusammenhang mit einer Verurteilung vom Mai dieses Jahres stellt nun die Entlassung dieses unverbesserlichen faschistischen Verbrechers doch noch in Zweifel.

Neun Monate ohne Bewährung erhielt Kühnen Anfang Mai wegen Gewaltverherrlichung und Aufstachelung zum Rassenhaß. Mitangeklagter war Thies Christoffersen, Verfasser der berüchtigten Buches „Die Auschwitz-Lüge", dessen Verfahren aber abgetrennt werden mußte, weil Christoffersen untergetaucht ist. Die Anklage stützte sich auf ein 316seitiges Manuskript, das Kühnen aus der Celler Haftanstalt schmuggeln konnte. Es trägt den Titel „Die zweite Revolution", ein Strategiepapier der militanten Rechten, in dem Kühnen sich erneut eindeutig zum Nationalsozialismus bekennt. Gegen das Urteil hat Kühnens Anwalt Womelsdorf Berufung eingelegt. Der Haftbefehl, durch den Kühnens Entlassung vermutlich verhindert wird, wird mit dringender Fluchtgefahr begründet, die ja auch zweifellos besteht. Gute Beziehungen ins Ausland hat er ja genug. Auch den Haftbefehl ficht Womelsdorf mit einer Beschwerde an.

Seine Anleitungstätigkeit für die militanten Faschisten vor allem in Norddeutschland dürfte er allerdings auch weiterhin selbst aus dem Gefängnis noch fortsetzen dürfen. Wie auch der „Rote Morgen" berichtete, hat er in den letzten Jahren eine rege Korrespondenz abgewickelt, zu der er selbst mehr als 1000 Briefe beitrug. Auf eine parlamentarische Anfrage eines SPD-Abgeordneten zu diesem Vorgang äußerte sich das niedersächsische Justizministerium mit der Erklärung, man habe keinen Anlaß gesehen, diese Korrespondenz einzuschränken. Zwar enthielten Kühnens Briefe unzweifelhaft nationalsozialistisches Gedankengut, aus ihnen sei jedoch nicht erkennbar, daß darin die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik beschimpft oder verächtlich gemacht worden sei…

Die Brokdorf-Urteile müssen fallen

Am 30. Juni erreichte uns ein Schreiben der Redaktion der „Brokdorf-Prozeß-Nachrichten", in dem es unter anderem heißt:

„Nach dem skandalösen Urteil im Brokdorf-Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke wurde als Solidaritätsmaßnahme von Aktionskreis Leben, Bürgerinitiativen, dem BBU, den Evangelischen Studentengemeinden, politischen Parteien und Organisationen eine Unterschriftenkampagne begonnen. Sie soll politischen Druck auf das Revisionsgericht beim Bundesgerichtshof ausüben, das Ende August über eine Revision des Urteils zu entscheiden hat. (...)

Die Unterschriftenkampagne soll im September abgeschlossen sein, die Listen werden zentral bei Inge Ammon, BBU-Vorstandsmitglied, gesammelt, um dann eine Pressekonferenz durchzuführen, auf der öffentlich gemacht wird, wie viele Leute diesen Aufruf unterstützen. Darum bitten wir Euch um den Abdruck in der nächsten Nummer Eurer Zeitschrift.

Außerdem möchten wir Euch auffordern, Euren Lesern mitzuteilen, daß das Titelblatt des AKL Infos 11/12 als Plakat für 30 Pfennig beim AKL zu beziehen ist."

Wir kommen dieser Bitte selbstverständlich nach. Die Itzehoer Terrorurteile müssen fallen!

Freiheit für alle Brokdorf-Angeklagten!

Wir alle sind erschüttert über die Urteile im Brokdorf-Prozeß. 5 1/2 Jahre für Michael Duffke und 3 Jahre für Markus Mohr ohne Bewährung.

In dem Prozeß ging es zu keiner Zeit darum, die Wahrheit zu finden und Recht zu sprechen, sondern einzig und allein darum, staatliche Macht zu demonstrieren. Diese Urteile waren von Anfang an zur Verunsicherung, Einschüchterung und Abschreckung der gesamten Umweltschutzbewegung geplant. So verbreitete die Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit, gestützt durch die emotionale Wirkung des Grabenfotos, bewußt eine Falschdarstellung des Demonstrationsvorfalls und der Folgen. Bis heute wurde die schwere Anklage im Fahndungsaufruf nicht öffentlich richtig gestellt. **Der beim Grabenvorfall angeblich fast zu Tode geprügelte Polizist blieb in Wahrheit unverletzt.**

Das Gericht hat unter dem politischen Druck der Landesregierung und der Atomlobby seine Unabhängigkeit aufgegeben. Der Atomstaat zeigt sein Gesicht. Auf dem einen Auge blind — tägliche Umweltunfälle in Brunsbüttel und Verseuchung der Elbe — auf der anderen Seite werden zwei junge Menschen, weil es in das politische Kalkül paßt, zu kriminellen Gewaltverbrechern hochgespielt und ohne Skrupel — „im Namen des Volkes" — geopfert.

Wir empfinden diese existenzzerstörenden Urteile als beispiellosen Justizskandal und darüber hinaus als einen Angriff gegen unsere gesamten demokratischen Rechte.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Verurteilten. Wir werden diese Urteile nicht hinnehmen.

Wenn das Gesetz sein soll, das unser Leben, unsere Umwelt, unsere Gesundheit zerstört, dann können wir nicht tatenlos zusehen, sondern werden uns weiter entschieden zur Wehr setzen.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Freiheit für Michael Duffke und Markus Mohr!
Revision des Urteils!
Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!
Stillegung aller Atomanlagen!

Mit meiner Unterschrift schließe ich mich dieser Erklärung an und unterstütze die vorstehenden Forderungen

Listen können bestellt werden bei: BBU c/o Inge Ammon, 2051 Kröppelshagen, Telefon (04104) 3637. Aktionskreis Leben, c/o Michael Petersen, Gustav-Falke-Straße 2, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 443946.

Kontakt und verantwortlich: Inge Ammon, 2051 Kröppelshagen



Das Plakat vom Aktionskreis Leben. Bestellungen an: AK Leben, Michael Petersen, Gustav-Falke-Str. 2, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 443946.

DDR-Solidarität: Telefonaktion

(Bericht der Kommunistischen Studenten)

Liebe Genossen,

um die in der DDR inhaftierten Genossen zu unterstützen, führten einige Gruppen der KS eine „Telefonaktion“ durch. Das sah so aus:

Einige Genossen aus Darmstadt, Karlsruhe und Heidelberg riefen — immer zu verabredetem Zeitpunkt — bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn an. Insgesamt gingen innerhalb von fünf Stunden 20 Anrufe dort ein.

Der Inhalt variierte von verständnislosen Fragen („Was ist denn da los, versteh' ich gar nicht, wie das passieren kann, ist denn die DDR nicht sozialistisch?“) bis zur Anmache („Also ich find' das eine Sauerei, ich will schärfstens protestieren, unmöglich so was...“), manche machten auch auf naiv („Mir ist da so ein Flugblatt in die Hand gekommen...“).

Die Antworten des DDR-Beamten waren weniger geistreich. Sie reichen vom Abwimmeln („Wir sind für BRD-Bürger nicht zuständig, da müssen Sie bei der Ständigen Vertretung der BRD in Ost-Berlin anrufen“) über Panik-Antworten („Das ist eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR!“) oder Ablenkungsmanöver („Wieso interessiert Sie das denn, Sie sind doch BRD-Bürger“) bis zum offenen Ärger („Ich verbitte mir diese Anrufe, wie heißen Sie überhaupt?“).

Die Genossen hatten alle sehr phantasievolle Namen („Ich heiße Kunze, Meier ist mir zu gewöhnlich“). Jedenfalls waren die guten Leute nach einigen Stunden ständiger Belästigung leicht genervt.

Sachliche Antworten konnten sie keine geben, darauf ließen sie sich gar nicht erst ein. Wie hätten sie denn auch die Verhaftung von Kommunisten in einem Arbeiter- und Bauernstaat rechtfertigen können?

Wir wissen nicht, ob unsere Telefonaktion viel gebracht hat. Wir wollten nur zeigen, daß die Genossen unsere Unterstützung haben. Außerdem macht es Spaß, die DDR-Bonzen mal ein bißchen auf Trab zu bringen. Wenn man so in einer Gruppe um ein Telfeonhäuschen steht und sich gegenseitig erzählt, was der Typ gesagt hat, ob er sich geärgert hat und so weiter, dann macht das richtig Laune und ist kein bißchen langweilig.

Mit solidarischen Grüßen

Albanische Demonstration in Bern

(Zugesandt von einem Leser aus der Schweiz)

Genossen,

am 26. Juni fand in Bern eine Kundgebung statt für eine albanische Republik in Jugoslawien.

Daran beteiligten sich rund 2500 Menschen, die in einem Demonstrationszug mit sehr vielen Transparenten marschierten, in kämpferischer Stimmung und sehr diszipliniert. Auf der Abschlußkundgebung wurden sehr markante Ansprachen gehalten.

In dem beigelegten Flugblatt heißt es, nachdem über die jüngsten Ereignisse berichtet wurde: „Liebe Freunde, wir albanischen Arbeiter nehmen an der Demonstration vom 26. Juni in Bern teil, um euch darauf aufmerksam machen zu können, daß von jedem von uns seit dem ‚Blutigen Frühling‘ mindestens ein Familienmitglied im Gefängnis ist.

Wir haben uns vorgenommen, unseren Freiheitskampf auch in Westeuropa bekannt zu machen. Jeden Tag fließt viel albanisches Blut, weil wir nach den Gründen der Armut fragen, weil wir die Urheber der Polizei- und Armeeeinsätze kennen wollen, weil wir wissen möchten, warum das albanische Volk in Jugoslawien keine eigene Republik haben soll.

Wir verbinden unseren Protest gegen die Unmenschlichkeit und gegen die faschistische Diktatur mit den Forderungen:

— Freilassung aller politischen Gefangenen!

— Freilassung unserer eingekerkerten Kinder!

— Eine internationale Kommission soll beauftragt werden, die Verbrechen gegen das albanische Volk zu untersuchen und die Öffentlichkeit über die Untersuchungsergebnisse zu informieren!

— Brot, Arbeit, Rede- und Pressefreiheit in unserem Heimatland!

— Demokratie und Freiheit!

— Schluß mit der jugoslawischen Tyrannei!

— Weg mit der Diktatur und den Terroristen!

— Albanische Republik in Jugoslawien!

Demonstration in Darmstadt

Liebe Genossen,

am Samstag, 26.6.82, fand in Darmstadt eine Demonstration gegen den Völkermord in Palästina statt, an der sich mehrere hundert Menschen beteiligten.

Die Demonstration stand unter dem Motto: „Es lebe der gemeinsame und gerechte Kampf der palästinensischen und libanesischen Völker! Nieder mit dem Imperialismus, Zionismus und Reaktion!“

Es waren in der Mehrzahl ausländische Gruppen anwesend, aber auch die KPD war mit einer Parteifahne und Propagandamaterial dabei.

Parolen, die auf der Demonstration mitgetragen wurden:

— Begin ist ein Faschist!

— Die wahren Terroristen sind die Zionisten!

— Tod dem Faschismus überall!

— Sofortiger Rückzug der Zionisten aus Libanon!

— Palästina wird siegen!

— Hoch die internationale Solidarität!

Bei einer Spendensammlung am Schluß der Kundgebung wurden ca. 200 Mark für die PLO gesammelt.

Die Unterstützung des palästinensischen Volkes und der PLO ist damit aber noch nicht vorbei. In Darmstadt wird sich ein Komitee bilden, das sich überlegt, wie man weitermachen kann.

Mit solidarischen Grüßen



In zahlreichen Städten der Bundesrepublik fanden bereits am vorletzten Wochenende Demonstrationen gegen Israels Überfallkrieg statt — allerdings war die Teilnahme in der Regel ziemlich gering. Insgesamt waren es nach grobem Überblick nicht viel mehr als 10000 Menschen, die sich beteiligten.

Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Bonzengehälter

Liebe Genossen Redakteure des RM!

Nach der Lektüre eurer Berichte und Kommentare im RM Nr. 21 über den DGB-Kongreß habe ich den Eindruck, daß ihr zu wenig deutlich macht, warum diese ganzen Gewerkschaftsbonzen nichts mit dem normalen Arbeiter und anderen normalen Leuten zu tun haben: „Wer verdient wie ein Unternehmer und sein Geld anlegt wie ein Unternehmer, der denkt auch bald wie ein Unternehmer.“ (sinngemäß nach einem Bericht des RM über eine Vertrauensleuteresolution zur Neuen Heimat.)

Ihr könntet z.B. bei der Erwähnung der entsprechenden Bonzen jeweils in Klammern deren gewerkschaftliches Jahresgehalt und sonstige Einkünfte erwähnen. Die FAZ macht das des öfteren. Das legt doch für den Leser kurz und deutlich klar, wie groß der Abstand ist.

Denkbar wäre sicher auch ein mit möglichst vielen Tatsachen gespickter Artikel über die Gehälter der Gewerkschaftsfunktionäre über die durch Gewerkschaftsarbeit eingeleiteten Karrieren in Politik, Wirtschaft oder auch im Staatsdienst...

Das ist nicht nur wichtig, um die Bonzen zu entlarven, sondern auch, um ein wichtiges Argument gegen diese Resignation „Wer nach oben kommt, der macht sowieso nichts mehr für uns, der denkt nur noch an sich selbst“ zu bringen. Wenn man den Leuten klarmacht, daß sowas nicht von selbst kommt, sondern (auch) daher, daß diese Positionen mit Aufstiegschancen und Privilegien gepflastert sind, dann macht man doch auch klar, was dagegen getan werden kann. Alle Privilegien müssen abgeschafft werden, außer denen, die notwendig sind — z.B. Freistellung.

Noch einen Schritt weiter: Auch über den Sozialismus sagen viele Leute, die Sozialismus im Prinzip ganz gut finden, das funktioniert sowieso nicht, da wirtschaftet doch jeder in seine Tasche (siehe oben). Wir müssen klar machen, wie man das verhindern kann, nicht nur den Leuten, sondern auch uns selbst, sonst werden wir sowas nicht verhindern können. Ich bin sicher, daß die Privilegien, die die Kader sowohl der Partei als auch der Produktion in der Sowjetunion schon unter Lenin und Stalin genießen konnten, viele Genossen und noch mehr parteilose Menschen korrumptiert haben, daß viele die Mitgliedschaft und Karriere in der Partei oder Karriere in der Industrie nur wegen dieser Privilegien anstrebten. Bestimmt hat das alles eine große Rolle bei der Entartung der SU gespielt, denn um die Privilegien der Kader zu vergrößern oder auch nur auf die Dauer zu erhalten, war der Sturz der Sowjetmacht unbedingt notwendig. Das soll natürlich nicht heißen, daß alle Kader in der SU nur an ihren Privilegien geklebt hätten, aber die, die den Umsturz aktiv betrieben, hatten sicher solche Gründe, und auch die anderen, die passiv waren oder sich nicht richtig gegen den Umsturz wehrten, sind sicher zum Teil von ihrem guten Leben, das sie im Gegensatz zu den „normalen“ Leuten genießen konnten, geblendet worden.

Aus allen diesen Gründen muß der Frage der Entlohnung der Funktionäre, speziell natürlich der Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften erheblich größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ihr müßt die Forderung, daß die Bezahlung der Spitzenfunktionäre offengelegt werden muß und begrenzt werden muß — letzten Endes auf den Lohn eines Facharbeiters — propagieren. Auch in der RGO muß man über diese Frage diskutieren.

Zum Schluß noch eine andere Sache, die mir in letzter Zeit zunehmend auf die Nerven geht. Der Stil einiger Artikel im RM. Ihr solltet vielleicht mal für ein halbes Jahr die Worte brutal und zynisch nur noch höchstens einmal pro RM verwenden, und auch nur dann, wenn ganz sicher ist, daß sie angebracht sind. Oder ein Satz wie: „Dies ist eine Begründung ganz im Stil chauvinistischer Strafexpeditionen der imperialistischen Großmächte.“ (RM, 23/82, S. 1) Hier soll dem Leser offensichtlich mit dem Vorschlaghammer eine bestimmte Bewertung der Dinge aufgedrängt werden, so etwas hat man in diesem Fall nicht mal nötig, denn die Tatsachen sprechen für sich. Außerdem ist die Bewertung auch noch falsch, denn das Attentat war nur ein Vorwand für die israelische Regierung, um Dinge zu erledigen, die schon länger geplant waren, also ein bloßer Anlaß zur Rechtfertigung für den Einmarsch, was im nächsten Satz des Artikels auch gesagt wird, leider unter der Bewertung zynisch. Ihr solltet dem Leser Gelegenheit geben, sich selbst zu empören und auch irgendwelche Einschätzungen oder Bewertungen nicht so einhämmern. Eins der schlimmsten Beispiele ist: „brutaler Rationalisierungsterror“.

Viel Erfolg!
R. aus Bochum

Nicht: Falkland

Liebe Genossen!

Ich bin einigermaßen entsetzt über eure Berichterstattung über den Krieg um die Malvinas. Nicht, daß ich Widersprüche zu den Inhalten und Analysen hätte.

Aber warum bedient ihr euch eigentlich ständig des englischen Namens Falkland-Inseln. Ihr würdet doch auch nicht auf die Idee kommen zu Polen Ostdeutschland oder Schlesien zu sagen. Der Name Falkland ist ein Überbleibsel des Imperialismus, genau wie der Anspruch der englischen Imperialisten auf diese Inseln. Wenn wir für Selbstbestimmung eintreten, müssen wir auch unsere Sprache nicht der der Imperialisten angleichen. Was wäre, wenn plötzlich in einer linken Zeitung statt Namibia Deutsch-Südwest-Afrika stehen würde?

Tschüß
Barbara aus Nürnberg

Ferienfreizeit 1982

Vom 29.7.82 bis 12.8.82 im Naturfreundehaus Haus Heed in Meinerzhagen. (Anmeldungen bei: U. Bach, Glücksburgstraße 10, 5 Köln-Mülheim.)

Wir wollen gemeinsam mit ausländischen Kollegen und ihren Familien Ferien machen. Ausflüge, Filmabende, politische Diskussionsabende stehen auf dem Programm. Unter anderem:

- **Besuch im Engels-Haus in Wuppertal.**
- **Videofilm über einen Metallbetrieb in Köln. Es geht um die Probleme im Betrieb, in der Gewerkschaft. Ein Betriebsrat der Revolutionären Gewerkschaftsopposition wird eingeladen.**
- **Ein Abend zu den besonderen Problemen der Frauen mit dem Film „Salz der Erde“.**
- **Ausflug nach Burg Altena.**
- **Deutsch-türkisches Grillfest mit Folklore.**

Ein Schwimmbad ist gleich in der Nähe.

Der Vollpensionspreis beträgt pro Tag 25,50 DM, Kinder zahlen von 2 bis 10 Jahren 19 DM, von 10 bis 16 Jahren 22 DM.

Es stehen 30 Plätze zur Verfügung.

KPD / Rheinland

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Von der heißen Luft der Spiele

Bücher zum Fußball — nicht nur für Fans

Am Sonntag um 20 Uhr wird in Madrid das Endspiel der XII. Fußball-WM angepfiffen. Am Montag darauf beginnt dann die schreckliche, die fußballose Zeit. Um bei dem dadurch betroffenen Teil unserer Leserschaft die voraussehbaren Entzugserscheinungen zu mindern, haben wir aus der Flut der Neuerscheinungen zum Thema Fußball zwei Bücher ausgewählt, mit denen sich die Zeit bis zum Beginn der neuen Bundesliga-Saison einigermaßen gut herumbringen läßt.



Fritz Genkinger: Springender Torhüter

Aber auch denjenigen, die dem nun zu Ende gehenden spanischen Spektakel von Beginn an verständnislos gegenübersanden, sei die Lektüre empfohlen. Jedenfalls dann, wenn sie schon immer mal wissen wollten, warum das Gerenne von ein paar Leuten nach einem Ball ein solches Maß von Leidenschaften bei Millionen Menschen freisetzen kann. In den hier empfohlenen Büchern werden sie einige Antworten darauf finden.

Also, da ist zunächst einmal ein Fischer-Taschenbuch mit dem wenig originellen Titel **„Fußball literarisch"**, herausgegeben von Karl Riha. Dem Band ist als Motto ein Satz des Tübinger Rhetorik-Professors Walter Jens vorausgestellt, der den Fußball in ein richtiges Verhältnis zu den übrigen Produkten abendländischer Kultur setzt: „Dehle, Ahlers, Otto Rohwedder, Herbert Panse, Kalli Mohr und Hanno Maack... wenn ich den letzten Goethe-Vers vergessen habe, werde ich den Eimsbütteler Sturm noch aufzählen können." Eimsbüttel ist übrigens ein Stadtteil von Hamburg.

In dem Satz von Jens klingt noch etwas an, das diesen ganzen Band durchzieht: die Nostalgie, die Beschwörung der guten, alten Zeiten, als noch um des Spiels willen gespielt wurde. Da wurde es, wie Jens selbst in seinen Erinnerungen an die vergangenen Eimsbütteler Tage beschreibt, als „Klassen-Verrat" empfunden, wenn etwa Old Erwin Seeler (der Vater von Uwe) aus dem Arbeitersportverein Lorbeer zum feinen Proficlub HSV wechselte.

Nicht ganz so weit zurück greift Peter Iden, Feuilleton-Chef der „Frankfurter Rundschau", in seiner „Großen Klage über den Verlust der Flügel", einem der schönsten Texte dieses Buches, der wortgewaltig die große Zeit der Flügelstürmer in Erinnerung ruft und zu dem bitteren Fazit kommt: „...Männer mit Verwalter-Mentalität, diese neuen Trainer, ohne Sinn für den Ausbruch, die Willkür, die Leidenschaft, effizienter wollten sie das Spiel machen, Mittelfeldhirne wie der Bearzot und der Greenwood und der Derwall, der Belgier auch — und haben es öde und häßlich gemacht. Eines Tages werden sie einfach fortgejagt werden dafür, müssen sich ducken und verschwinden durch Nebenausgänge, wir wollen sie schmähen dafür, daß in ihren zerstörerischen Konzepten für die irren Flitzer und Flanker an den Flügeln, für die Dribbler, Trickser und Einzelgänger immer weniger geblieben ist."

Doch keine Angst: Trotz aller Nostalgie beschränkt sich Rihas Fußball-Buch keineswegs auf die Vergangenheitsbewältigung. Da gibt es etwa — unter allem, was der Band an Lyrik bietet, weit herausragend — die „Hymne auf Bum Kun Cha", den Stürmer von Eintracht Frankfurt. Mit diesem Gesang hat sich sein Autor, „Titanic"-Mitarbeiter Eckhard Henscheid, endgültig einen Platz an der Seite von F. Hölderlin erobert (den er im übrigen, wie etwa bei der „im Winde klirrenden Eckfahne", sehr kenntnisreich beklaut hat).

Vom Innenleben der Fußballspieler handeln einige Erzählungen des Bandes. Herbert Eisenreich, Josef Reding und Wolfgang Hädecke variieren hier das gleiche Thema: Die Angst des Spielers vor dem Versagen, den Konkurrenzkampf um den Stammplatz in der Mannschaft. Ror Wolf hat eine „Busfahrt mit Gesang" protokolliert: Eintracht-Fans auf der Rückreise von einem Auswärtsspiel im Originalton.

Es gibt eine Reihe von läppischen Sachen in diesem Buch, wenig gelungene Sprachexperimente einiger jüngerer Schriftsteller etwa oder einen Aufsatz, in dem Heinrich Böll seine Probleme als Nachbar eines großen Fußball-Stadions ausbreitet. Die Vielzahl der wirklich schönen Texte — von Karl Valentin bis Robert Gernhardt — aber macht die wenigen Ausfälle wieder wett.



Ror Wolf (rechts) mit Jürgen Grabowski

Das zweite Buch heißt **„Das nächste Spiel ist immer das schwerste"**. Als Autor zeichnet der schon erwähnte Ror Wolf (der übrigens wie Riha, Henscheid und eine ganze Reihe anderer Fußball-Literaten aus dem „Dunstkreis" der Eintracht Frankfurt kommt.) Wolf hat zu diesem Band einige Gedicht-Zyklen beigesteuert, so zwölf WM-Moritaten, einige Hammer & Brecher-Sonette oder Stanzen, die jeweils einem Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft gewidmet sind. Über diese Gedichte soll hier nichts weiter gesagt werden; anhand der nebenstehend abgedruckten Beispiele kann sich der Leser selbst ein Bild davon machen.

Alle übrigen Texte des Bandes hat Wolf nur gesammelt; sie sind zumeist das Ergebnis einer jahrelangen Arbeit mit dem Kassettenrekorder unter Spielern, Betreuern und Fans. Im ersten Teil des Buches kommen die „Experten" im Originalton zur Wort; Wolf hat sie als Zuschauer beim Training ihrer Mannschaft, in den Stehkurven und in ihren Fan-Clubs belauscht. So entsteht ein äußerst dichtes Bild des Fußball-Umfelds, das mehr als ein ganzes Kilo soziologischer Abhandlungen Auskunft über das Massenphänomen Fußball vermittelt. Und alles Expertentum verdichtet sich letztlich zu den bekannten klassischen Erkenntnissen: „Weil die gegen Barcelona gewonnen ham? da hammer schon vor Jahren gewonnen, fünfeins, siebenzwei, sin ja auch keine Herrgötter, nich, der Ball is ja nich eckig, der is ja rund, verstehn Sie, der Ball ist nich eckig, der is rund..."

Eine andere Abteilung des Buchs von Ror Wolf machen die Radio-Collagen aus. Das sind Mitschnitte von Spiel-Übertragungen, die Wolf so hinterhältig zusammenkürzt und so gekonnt montiert hat, daß sie — vor allem die berühmte Samstags-Konferenzschaltung — als Chronologie des laufenden Schwachsinns deutlich werden — Realsatire von der besten Art. Ein Höhepunkt der Radio-Collagen ist zweifellos das Drama „Cordoba Juni 13 Uhr 45." Fachleute werden gleich wissen, daß es sich dabei um das Spiel BRD-Österreich bei der WM in Argentinien handelt. Hier hat Wolf die Spielkommentare von Armin Hauffe (BRD) und Edi Finger (Österreich) zu einem kontrastreichen Dialog montiert: Auf der einen Seite der unterkühlte, stets um Sachlichkeit ringende Deutsche („Und Tor. Für Österreich. Tor durch Krankl."), auf der anderen Seite der spontan plappernde Finger: „Ja, ja. Jetzt aber wieder unsre Burschen am Leder, herrlich, Prohaska, Hickersberger, Hickersberger, Hickersberger zu Hickersberger, Hickersberger sofort zu Krieger, zu Sara. Sara-Burli streichelt den Balli — das Balli. Da springt Hicki, na, der Hicki braucht net springen. Und jetzt brauch ma a bißl a Maßl noch, denn es geht jetzt um Sein oder Nichtsein neunzehnhundertachtunsiebzig."



WM in Mexiko: Gerd Müller in der italienischen Abwehr

Die Abteilung „Vier Nachrichten aus dem Spielerleben" bringt unter anderem einen Zusammenschnitt aus Zeitungsartikeln über das Privatleben von Spielerstars, der diese Art von Journalismus in seiner ganzen Erbärmlichkeit entlarvt. Aufschlußreiche Informationen aus dem internen Betrieb der Bundesliga vermittelt „Rohrbachs Geschichte": Thomas Rohrbach, zu Beginn der siebziger Jahre Linksaußen bei Eintracht Frankfurt, plaudert aus der Schule. Es ist die Geschichte eines Spielers, der sich nicht in die Hackordnung des Vereins einpassen will, der eigene Vorstellungen entwickelt und dafür kaltgestellt und schließlich abgeschoben wird. Und in dieser einen Geschichte stecken wiederum zahlreiche andere Geschichten, etwa die des wieselflinken Türken Ender, der vom Trainer in eine falsche Rolle gepreßt und so systematisch fertiggemacht wird.

Ror Wolfs Buch ist nicht nur eine interessante, sondern auch eine äußerst vergnügliche Lektüre. Zu letzterem trägt nicht nur der Umstand bei, daß es mit vielen Fotos und einer Unmenge von Schnacks (Trainersprüche, Spielerkommentare, „Bild"-Schwachsinn usw.) aufgelockert ist. Sehr schön sind Ror Wolfs virtuose Sprachspielereien; er bringt es fertig, den schablonenhaften Jargon der Sportpresse so zu montieren, daß daraus einmal ein unfreiwillig komischer Porno, dann ein schlechter Krimi oder ein anderes Mal auch reine Poesie wird.

Karl Riha (Hg.): Fußball literarisch. Fischer-Taschenbuch 2125. 250 Seiten, 9,80 Mark.

Ror Wolf: Das nächste Spiel ist immer das schwerste. Athenäum Verlag. 323 Seiten, 25 Mark. (Ein Tip für interessierte Leser: Die meisten Texte dieses Buches sind auch in einem vor zwei Jahren erschienenen Taschenbuch abgedruckt. Ror Wolf: Die heiße Luft der Spiele, Suhrkamp-Taschenbuch 606. 260 Seiten, 8 Mark.)

Ror Wolf: WM-Moritaten

Neunzehnhundertachtundfünfzig

Der Zeit von Bern folgt eine andre Zeit.
Und diesmal sieht es nicht so aus als ob.
Das sei einmal gesagt und zwar ganz grob,
bei einer anderen Gelegenheit.

Wir werfen einen Blick hinauf nach Schweden.
In Schweden, Achtundfünfzig, ist es kalt.
Die deutsche Elf, nach ihrem Aufenthalt,
fährt fort im Zorn, noch vor den Abschiedsreden.

Zweimal inzwischen abgedankt: Fritz Walter
und doch dabei; es richten sich die Blicke
auf einen jungen Mann, genannt, der Dicke,
auf Uwe Seeler, einen Sturmentfalter.

In Göteborg, mit großen Megaphonen:
die Schweden blau und gelb und eisenfest.
Juskowiaks Tritt gibt diesem Fall den Rest.
Es gibt natürlich andere Versionen.

Die Deutschen haben Schweden rasch verlassen.
Doch halten wir uns gar nicht dabei auf.
Brasilien hat im weiteren Verlauf
die Schweden wie Papier davongeblasen.

Der Regen tropfte hart vom Stadiondache.
Garrincha hatte Beine wie geknickt.
Er hat die Bälle aus der Luft gepickt.
Es tropfte. Aber kommen wir zur Sache.

Pelé: er war einmal ein Schuhputzjunge.
Er machte, was man nie gesehen hat,
an diesem Tag in Schweden, naß und glatt.
Er leckte die Bälle weg wie mit der Zunge.

Leonidas war groß und ist versunken.
Und Ademir war größer und verschwand.
Der allergrößte aber, vor der Hand,
ist nun Pelé. Man hat ihm zugewunken.

Sein Ruhm ist heller als der frische Schnee
und darauf dunkel zaubernd tanzt Pelé.

WM in Schweden 1958
Weltmeister: Brasilien

Neunzehnhundertsiebzig

Zwölf Uhr in Mexiko, in einer heißen
zerpfiffenen Schüssel: Celsius sechzig Grad.
Es kochte furchtbar, doch das Resultat
gilt als Bonbon in den Expertenkreisen.

Alf Ramsey hat schon in den Hosen stecken:
die Hände, und er lächelt leicht dabei.
Einsnull Zweinull — Zweieins Zweizwei Zweidrei.
Auf seiner Miene bricht jetzt aus: der Schrecken.

Der Lange, Helmut Schön, macht keinen Fehler.
Man sieht die beiden wundervollen Dicken
erfolgreich aus der Luft herunternicken:
Gerd Müller ebenso wie Uwe Seeler.

Grabowski zeigt mit seinen Hexentänzen;
er war ein großer König auf der Bank,
das hört er zwar nicht gern, das macht ihn krank;
Herrn Bobby Moore energisch alle Grenzen.

Ein schlimmer Himmel liegt drei Tage später
auch auf dem größten Spiel in der Geschichte.
Der Rasen grün, das schreiben die Berichte,
ein leichter Wind, es sinkt das Thermometer.

Es war ein Kampf wie aus den Heldensagen.
Gerd Müller stampft und Riva dampft vor Kraft.
Facchetti knüppelt völlig ungestraft.
Der Boden bebt. Es geht um Kopf und Kragen.

Der Catenaccio knirscht. Die Riesen wanken.
Mazzola fällt vor lauter Elend um.
Als Seeler blutet bleibt die Pfeife stumm.
Das hat man Yamasaki zu verdanken.

Dann kommt der Schlag. Rivera ist der Schütze.
Sepp Maier schluckt und Vogts wird leichenblaß.
Und Willi Schulz sinkt lappenschlapp ins Gras.
Und Schön kratzt sich verlassen an der Mütze.

Das war ein Drama allererster Sorte.
Hier schweige ich. Es fehlen mir die Worte.

WM in Mexiko 1970
Weltmeister: Brasilien

Gewerkschaftskongreß — Arbeiterkongreß

Tirana, 12.6.1982

Lieber Leser!

Vor drei Tagen ist der 9. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens zu Ende gegangen, mit vollem Erfolg; morgen beginnt die Fußballweltmeisterschaft, ob ebenso mit vollem Erfolg und vor allem für wen, steht noch dahin.

Ich möchte Dir mit meinem heutigen Breif aus Albanien ein wenig über den Ablauf des Kongresses berichten, weniger über die Stimmung, denn die war so großartig, daß ich sie sowieso nicht beschreiben kann, sondern mehr über die Rolle, die der sogenannte kleine Mann auf diesem Kongreß gespielt hat. Schauen wir uns deshalb die Diskussionsbeiträge auf der Vormittagssitzung vom Montag, den 7. Juni, etwas aus der Nähe an.

Ich füge der Vollständigkeit halber noch hinzu, wieviel führende Kader in der Vormittagssitzung des 8. Juni das Wort ergriffen haben (insgesamt sprachen 25): Petrit Radovicka, Vorsitzender des Komitees für Wissenschaft und Technik, Idriz Dhrami, Gewerkschaftssekretär im Zentralrat, Lavdie Leka, stellvertretende Präsidentin des Frauenverbandes, Etemije Zeneli, Gewerkschaftssekretärin im Zentralvorstand, Esma Ulqinaku, Ministerin für Leicht- und Nahrungsmittelindustrie und Rahman Hanku, Bauminister.

In der Grußadresse des ZK der PAA an den Gewerkschaftskongreß, vorgetragen von der Genossin Lenka Cuko, Mitglied des Politbüros des ZK, heißt es zur Kaderfrage unter anderem: *„Er* (der Gewerkschaftsverband, J.V.) *muß die Kader dazu erziehen, schlicht, ehrlich und gerecht zu sein, damit sie niemals hochmütig werden, sondern stets Schüler des Volkes bleiben und zusammen mit ihm für den Aufbau und die Verteidigung des Sozialismus arbeiten und kämpfen.“* (Hervorhebung von mir, J.V.)

Und an anderer Stelle betont die Genossin Lenka Cuko: *„Der Sozialismus kann nicht allein mit den Kräften der Partei aufgebaut werden. Ihn bauen die Massen auf, die Partei hingegen führt sie und vermittelt ihnen ein entsprechendes Bewußtsein.“* (Hervorhebung von mir, J.V.)

Was aber hatten die Delegierten dem Kongreß zu sagen, die Vertreter der Massen, die den Sozialismus aufbauen?

Hier kann ich Dir natürlich nur einen äußerst groben Überblick verschaffen, Du wirst allerdings merken, daß sich die Diskussionsbeiträge durch drei Grundmerkmale auszeichnen: *Verantwortungsgefühl, Arbeitseinsatz, Kritikfähigkeit.*

Jashar Bruka von der Baustelle des Wasserkraftwerks Koman sagte u.a.:

„Das revolutionäre Denken der Bauschaffenden des Wasserkraftwerks setzte sich wie eine mächtige Turbine in Bewegung. (...) Wie wird unsere revolutionäre Initiative aussehen, um dem Vaterland so schnell wie möglich das neue Werk zu schenken? Wir kamen alle zu einer Meinung, zu einem Wort, das wir der Partei von Herzen geben: 1985 werden wir nicht eine sodern zwei Turbinen in Betrieb nehmen.“

Der 7. Fünfjahrplan hat eine Turbine vorgesehen. Sicher kannst Du Dir vorstellen, wie der Kongreß, die über 2000 Delegierten, auf diese Verpflichtung reagierten.

Isuf Murataj, ein Holzfäller aus dem Bezirk Puka (Nordalbanien) sagte unter anderem:

„Mit in allen Kennziffern vollständig erfülltem Sechsmonatsplan kommen wir auf diesen Kongreß. Zu Ehren dieses Kongresses haben wir die Verpflichtung wahrgemacht, den Ausnutzungskoeffizienten der Arbeitsmaterialien von 89 Prozent auf 89,5 Prozent zu heben.“

Zarif Salia vom Erdölförderbetrieb in Marinëz sagte unter anderem:

„Wir analysieren mit kritischen Augen unsere Arbeit, damit wir unsere Förderleistung bei einigen neuen Lagerstätten weiter steigern können. Das bewerkstelligen wir dadurch, daß wir von der Erfahrung der fortgeschrittensten Brigaden lernen.“

Und **Dhimitër Delijorgji**, ein Kollege von der griechischen Minderheit aus Dropulli, Bezirk Gjirokastra — er wird bald pensioniert —, sagte unter anderem:

„Ich bin Kraftfahrer aus dem Dorf Terihat in Dropull bei Gjirokastra. Eines möchte ich vorweg sagen: ich arbeite zwar schon für das Jahr 2006, doch es gibt andere, die noch weiter vorne liegen als ich, etwa Nikoll Cuni, Pila Lera und Kollegen, deren Erfahrung ich mir gerade aneigne. Seit 1956 bis heute habe ich 29600 Liter Treibstoff eingespart, diese Menge entspricht einer Planrealisierung für 2 Jahre, 6 Monate und 4 Tage.“ Will heißen, so lange kann ein Kraftfahrer sein Gefährt steuern, wenn er die im Plan vorgesehenen Durchschnittsverbrauchswerte einhält!

Petrit Akrabati aus dem Eisenhüttenkombinat „Stahl der Partei“ sagte unter anderem:

„Unsere ideologischen Überzeugungen und technischfachlichen Fähigkeiten hatten uns dazu veranlaßt, im vergangenen Jahr die revolutionäre Initiative zu ergreifen, die Materialnormen um 1 Prozent zu senken. Diese Initiative wurde damit konkretisiert, daß wir die im Plan vorgesehenen Kosten um 41 Millionen Lek senken konnten.“

Muhamet Bilà, Jungkumpel aus dem Bergwerk Valias, sprach sich lobend darüber aus, wie er als Neuling aus der Stadt in der Belegschaft aufgenommen wurde. In diesem Diskussionsbeitrag ging es darum, gerade die Jungarbeiter zu den proletarischen Klassenmerkmalen hinzuerziehen, die bei diesen oft noch nicht gefestigt sind. In diesem Zusammenhang führte er aus:

„Doch wir sind uns darüber im klaren, daß die Herausbildung der Klassenmerkmale bei uns jungen Leuten, die wir aus der Stadt gekommen sind und die wir weiterhin aus der Stadt kommen werden, nicht ein Prozeß ist, der mit einem Tag gelöst wird. An dieser Erziehungsfront gibt es noch Mängel, die die Gewerkschaftsorganisation im Bergwerk kennt, untersucht und sich verpflichtet hat, sie mit allseitiger Arbeit zu überwinden.“

Schließlich sagte der Kohlebergmann **Agron Dule** aus dem Bergwerk Memaliaj:

„Doch habe ich noch eine Kritik. Aus den Kontrollen, die wir gemacht haben, geht hervor, daß die Kohle auf einigen Eisenbahnstationen und in Verbraucherbetrieben nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt wird.“ Vorher hatte er darauf hingewiesen, man habe große Anstrengungen unternommen, die Qualität der Kohle im Interesse des Verbrauchers zu verbessern. Du kannst Dir vorstellen, daß die Kumpel gerade unter diesen Umständen nicht gerade glücklich sind, wenn sie hören, daß ihre Mühen durch irgendwelche Schlafmützen auf den Bahnhöfen, die die Kohle wochenlang vor sich hingammeln lassen, unterlaufen werden.

In der Grußadresse des ZK der PAA an den Gewerkschaftskongreß hieß es nicht von ungefähr, daß „die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen (...) an der Ausübung der Kontrolle über die Tätigkeit der Verwaltungen und der Direktoren (...) aktiv teilnehmen.“

Die Arbeiten des Kongresses gaben einen kleinen Eindruck davon.



Ein Blick in die Versammlung des albanischen Gewerkschaftskongresses

Wenn ich richtig gezählt habe, so haben zwischen 8 Uhr früh und 13 Uhr 21 Delegierte gesprochen. Was waren das für Leute? Waren das hauptsächlich große bis ganz große Funktionäre und führende Leute, die gewissermaßen im Namen der Klasse gesprochen haben oder ist die Klasse auf der „großen Beratung der albanischen Arbeiterklasse“ selbst zu Wort gekommen?

Lassen wir unsererseits die Statistik zu Wort kommen. Von diesen 21 Delegierten kamen 13 direkt aus der Produktion (10 aus der Schwerindustrie, d.h. aus Energiewirtschaft, Hüttenindustrie, Metallverarbeitung, Bergbau einschließlich Erdöl, 1 aus der Leichtindustrie, 2 aus der Landwirtschaft, davon 1 aus der Staatsfarm und eine Genossenschaftsbäuerin sozusagen als Gastredner). Drei Delegierte kamen aus dem Transportwesen (Kraftwagen, Eisenbahn, Handelsflotte); zwei Lehrerinnen kamen zu Wort. Damit hätten wir 18 der 21 bestimmt; die drei noch ausstehenden Plätze waren dann leitenden Kadern der höheren Ebene vorbehalten, die durchaus ihre Bedeutung haben; es ist wie in der Armee: Offiziere ohne Heer sind ein nichts, aber das Heer wird zumindest in schwierigen Situationen ohne Offiziere kaum auskommen. Bei diesen dreien handelte es sich um eine Ministerin, die Genossin Themie Thomai, zuständig für Landwirtschaft, um einen Minister, den Genossen Llambi Gegprifti (Kandidat des Politbüros der Partei), zuständig für Industrie und Bergbau und den Genossen Sotir Koçollari, Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaft.

Übrigens, gestern habe ich den Kollegen Thomas Scheffer im Fernsehen bewundern können; er wurde über seine Eindrücke vom Kongreß befragt. Ich will hier natürlich keine Schleichwerbung für die RGO betreiben, aber gut gesprochen hat er, in schlichten und einfachen Worten, vor allem hat er seine Eindrücke über den einfachen albanischen Arbeiter geäußert und sich nicht bemüßigt gefühlt, hochpolitischen Reden über Gott und die Welt, über diesen Opportunismus und jenen Reformismus in formelhaften Phrasen zu schwingen, eine „Vorliebe“, von der manch anderer noch besessen ist.

Abschließend kann ich Dir, lieber Leser, versichern: Die unbeschreibliche Begeisterung, der tosende und nicht enden wollende Jubel, die langanhaltenden Ovationen, die ausbrachen, als am letzten Sitzungstag die gesamte Parteiführung mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze den Sportpalast „Partizani“ betrat, hat hier, im sozialistischen Albanien, wo die Diktatur des Proletariats trotz aller Versuche der inneren und äußeren Feinde, sie in eine Diktatur über das Proletariat zu verwandeln, nach wie vor besteht und eine immer breitere sozialistische Demokratie gewährleistet, eine real vorhandene Grundlage.

Herzliche Grüße aus dem roten Tirana

Johannes Vetter

PS: Gerade weist mich meine Frau, nachdem sie den Brief „genehmigt“ hat, darauf hin, ich sollte Dir, lieber Leser, noch den Tip geben, den Ablauf des Kongresses und die soziale Zusammensetzung der Diskussionsredner mit dem letzten DGB-Kongreß zu vergleichen, was ich hiermit tue.



Vor dem Kongreßsaal ein Volksfest

Briefe an den „Roten Morgen“

Neu erschienen!



Soeben erschien die neueste Ausgabe der Zeitschrift „Albanische Hefte“ der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft, die Nummer 3/82. Sie umfaßt 40 Seiten und kostet 2 Mark. Neben verschiedenen Berichten über die Aktivitäten der DAFG gibt es auch Artikel über Albanien nach dem 8. Parteitag der Partei der Arbeit, über die albanische Presse, über die sowjetisch-albanischen Beziehungen in den fünfziger Jahren. Sehr interessant ist dabei die Tatsache, daß seit Mitte der fünfziger Jahre Albanien seine politische Haltung mit höheren Preisen für sowjetische Waren bezahlen mußte. Viele Nachrichten aus Albanien runden das Bild ab. Bestellt werden kann beim Sekretariat der DAFG: Postfach 197622 in 2 Hamburg 19.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
15.30-16.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
17.00-17.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
20.00-20.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
22.30-23.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
24.00-24.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
07.00-07.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



IM HINTERGRUND

Wie es zur Gründung des Staates Israel kam

Will man sich darüber informieren, wie es eigentlich zur heutigen Lage am östlichen Mittelmeer gekommen ist, einer Lage, die durch militärische Überfälle Israels in alle Richtungen bezeichnet ist, so muß man zurückgehen bis zur Gründung des Staates Israel. Daß dies nicht ganz so einfach ist, wie es sich heute viele Linke machen, daß Israel von Beginn an ein Produkt der Politik der USA gewesen sei, das geht aus den im folgenden abgedruckten Passagen aus dem Abschnitt „Die UdSSR und die Gründung Israels" des Buches „Die Wahrheit über J.W. Stalin" hervor. Auch wenn im „Roten Morgen" in letzter Zeit in einigen Artikeln eine solche Tendenz zu Tage trat, so ist solch eine Darstellung, die alles auf ein Werk der USA reduziert, sehr einseitig und deshalb auch falsch. Die folgende Darstellung zeigt, wie kompliziert und vielschichtig damals, im Jahre 1947, als über die Zukunft Palästinas diskutiert wurde, die Lage war. Sie zeigt aber auch, wie von Beginn an die zionistischen Kräfte unter den Juden eine Politik der Vertreibung, eine rassistische und terroristische Politik einschlugen, oft genug im Bunde mit der arabischen Reaktion.

„Am 2. April 1947 ersuchte Großbritannien als Mandatarstaat den Generalsekretär der Vereinten Nationen, ‚die Palästinafrage auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung der Generalversammlung zu setzen'. Und am 21. und 22. April 1947 ersuchten Ägypten, Irak, Syrien, Libanon und Saudi-Arabien den Generalsekretär, das folgende Thema mit auf die Tagesordnung zu setzen: ‚Die Beendigung des Mandats von Palästina und die Erklärung seiner Unabhängigkeit'.

Die Generalversammlung ernannte ein Sonderkomitee (UN-SCOP), welches Palästina besuchen und Nachforschungen anstellen sollte. Der Bericht, den es am 31. August 1947 lieferte, bestand aus zwei Plänen: einem *Mehrheitsplan* der Teilung mit einer wirtschaftlichen Union und einem *Minderheitsplan* eines Bundesstaates.

Die Teilungsresolution — als Empfehlung ausgedrückt — trennte Palästina in sechs Hauptteile — drei davon (56 Prozent des Gesamtgebietes) waren für einen ‚zionistischen Staat' reserviert; die anderen drei mit der ‚Enklave Jaffa' (43 Prozent) für einen ‚arabischen Staat'. Jerusalem und Umgebung (0,65 Prozent) sollte eine ‚internationale Zone' unter der Verwaltung der Vereinten Nationen werden.

In den ‚zionistischen Staat' waren alle Gebiete, die in jüdischem Besitz und/oder von Juden bewohnt waren, natürlich eingeschlossen. Doch diesen wurden weite Gebiete angegliedert, die gänzlich in arabischem Besitz und ausschließlich von Arabern bewohnt waren, welche die Zionisten aber begehrten. Südpalästina zum Beispiel (Negev), welches das halbe Gebiet Palästinas umfaßt und in dem der jüdische Besitz weniger als 1/2 Prozent ausmachte, wurde in das für den ‚zionistischen Staat' vorgesehene Gebiet eingeschlossen. Auf der anderen Seite sollte der ‚arabische Staat' die geringstmögliche Anzahl Juden und das kleinstmögliche jüdische Landgebiet umschließen. Die Bevölkerung des ‚zionistischen Staates' sollte 498 000 Juden und 497 000 Araber umfassen; die des ‚arabischen Staates' dagegen 725 000 Araber und nur 10 000 Juden. Die restlichen Araber und Juden sollten in der ‚internationalen Zone' von Jerusalem leben.

Die Araber lehnten die Teilung mit der Begründung ab, daß sie die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen verletzte, welche einem Volk das Recht zuerkennt, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die arabische Ablehnung stützte sich auf die Tatsache, daß in dem ‚jüdischen Staat', dessen Bevölkerung zu 50 Prozent aus Arabern und zu 50 Prozent aus Juden bestand — wobei den Juden weniger als 10 Prozent der gesamten Landfläche gehörte —, den Juden die Führungsrolle zugesprochen werden sollte."(1)

Bei der Diskussion dieser Pläne sagte der sowjetische Delegierte im November 1947:

„Daß kein westeuropäisches Land imstande gewesen ist, die Verteidigung der elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu gewährleisten oder es vor den Gewaltakten der faschistischen Henker zu schützen — das erklärt das Verlangen der Juden, ihren eigenen Staat zu gründen. Man kann dieses Recht dem jüdischen Volk nicht verweigern, wenn man berücksichtigt, was es im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erlitten hat. (...) Weder die Vorgeschichte noch die heutigen Verhältnisse in Palästina können eine einseitige Lösung der palästinensischen Frage rechtfertigen, sei es im Sinn der Gründung eines unabhängigen arabischen Staates, ohne die legitimen Rechte des jüdischen Volkes zu berücksichtigen, sei es im Sinne der Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates ohne Berücksichtigung der legitimen Rechte der arabischen Bevölkerung. (...) Die Interessen der Juden wie der Araber Palästinas können in angemessener Weise nur durch die Gründung eines jüdisch-arabischen Staates geschützt werden, der demokratisch und unabhängig ist. (...) Sollte diese Lösung wegen der immer gespannteren Beziehungen zwischen Juden und Arabern nicht zu verwirklichen sein sein — und es ist sehr wichtig, die Meinung der Sonderkommission über diesen Punkt zu erfahren — müßte man eine zweite Lösung prüfen, die wie die erste in Palästina ihre Anhänger hat und die Teilung dieses Landes in zwei unabhängige Staaten vorsieht: einen jüdischen und einen arabischen Staat. Ich wiederhole: diese Lösung wäre nur gerechtfertigt, wenn sich herausstellen sollte, daß die Beziehungen zwischen Juden und Arabern Palästinas so gespannt sind, daß es unmöglich ist, die friedliche Koexistenz der Araber und Juden zu gewährleisten."(2)

Die sowjetische Delegation hatte der Versammlung, wie auch aus dieser Redepassage hervorgeht, im Frühjahr 1947 den Vorschlag unterbreitet, einen gemeinsamen jüdisch-arabischen Staat mit demokratischem Charakter zu bilden und so die nationalen Spannungen zu beseitigen.

Das war ein Vorschlag, wie er ganz der Linie der Stalinschen Außenpolitik entsprach, wie wir sie auch schon in anderen Fällen gesehen haben. Nur fand sich für diesen Vorschlag keine Mehrheit, und vor allem waren auch die Beteiligten dagegen.

Um trotzdem zu einer Lösung zu kommen, sprach sich die sowjetische Delegation für den Weg der Errichtung zweier Staaten aus, verbunden durch eine Wirtschaftsunion. Sie tat das, wie ja auch der Sowjetdelegierte betont hatte, aus der Kenntnis der furchtbaren Tragödie der Juden in Europa. Der sowjetische Vorschlag hatte aber sowohl ursprünglich wie auch später immer eine Bedingung: den vollständigen Rückzug der britischen Truppen. In einem Artikel der „Iswestija" vom 8. Februar 1947(3) wurde diese Forderung als unverzichtbar und Grundvoraussetzung für eine friedliche Lösung bezeichnet.

Und der Teilungsplan, den die UNO verabschiedete, entsprach durchaus nicht den zionistischen Zielen von einem Großisrael. Die UdSSR unterstützte nicht den Zionismus, sie unterstützte solche Juden, die aus Europa flohen und sich jetzt auch gegen die britische Besatzung wandten.

Der Teilungsplan war ein aus der Situation geborener Kompromiß. Die richtige Lösung, ein gemeinsamer demokratischer Staat Palästina für Juden und Palästinenser, scheiterte an den Machenschaften der Imperialisten.

Die britischen Kolonialherren hetzten die arabischen Feudalen der umgebenden Staaten, über deren Armeen sie verfügten, auf. Die neue imperialistische Macht in diesem Raum, die USA, untersützte nach einigen Wendungen die zionistischen Organisationen. Zwischen Juden und Palästinensern herrschten schließlich extrem aufgepeitschte nationale Differenzen.

Deshalb ist natürlich auch die Begründung keineswegs richtig, mit der die arabischen Feudalherren in der UNO, die keineswegs die legitimen Vertreter Palästinas waren, den Plan ablehnten. Sie pochten jetzt auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

Was mit den Juden geschehen sollte, wird allerdings nicht gesagt. Die Ausrottungsjagd der Nazis, die ja — wie man an der vorne abgedruckten Statistik sehen kann — erst dazu geführt hatte, daß wirklich massenweise Juden nach Palästina kamen, die keineswegs alle Zionisten waren, dieser Völkermord blieb dabei unerwähnt.

Während auf der einen Seite die zionistische Führung die Rechte des arabischen Volkes in Palästina glattweg leugnete, weigerten sich das Arabische Hochkomitee und die Arabische Liga andererseits, solchen Juden, die nach 1939 eingewandert waren, das Wahlrecht zuzugestehen.

In einer solchen komplizierten Situation gab es nur wenige besonnene Kräfte auf beiden Seiten.

Die einzige größere Organisation, die gemeinsam Juden und Araber als Mitglieder hatte, war die KP Palästinas. Aber selbst in ihren Reihen hatte es Schwankungen gegeben, so tief saßen die Differenzen.

Nach dem Beschluß der UNO vom 29. November 1947, die eben diesen vorne abgedruckten Teilungsplan akzeptierte — also: zwei Staaten, neutrales Jerusalem und die Wirtschaftsunion dieser Staaten —, komplizierte sich die Lage noch mehr.

Bereits im September 1947 wurde von den Arabern eine palästinensische Regierung unter Ahmed Hlimi Pascha gebildet.

Nach einigen Monaten der Ruhe, in denen sich auch die zionistischen Militärorganisationen Haganah und Irgun ruhig verhielten, vom Druck der Weltöffentlichkeit gezwungen, kommt es im April 1948 zu größeren militärischen Operationen zionistischer Militäreinheiten gegen arabische Truppeneinheiten, die im Gebiet des künftigen Israels, das sie nach wie vor nicht anerkennen, operieren; als Antwort darauf wiederum marschierten am 15. Mai 1948, dem Tag der Unabhängigkeit Israels, die Truppen der benachbarten arabischen Staaten, der Arabischen Liga, nach Palästina ein.

Am Vorabend des Einmarsches der Truppen der Arabischen Liga nach Palästina erklärt der Generalsekretär der Arabischen Liga, Azzam Pascha, in Kairo:

„Dies wird ein Ausrottungskrieg und ein gewaltiges Massaker werden, von dem man in der Weise sprechen wird wie vom Massaker der Mongolen und jenem der Kreuzfahrer."(4)

Es gibt manche, die heute gegen die israelische Politik der Aggression und des Rassismus gegen die Araber zu Recht eingestellt sind, die aber solche ebenfalls offen rassistischen Ausfälle der Araber verniedlichen.

Was für eine Position wirklich hinter diesem bösartigen, rassistischen Nationalismus steht, zeigte sich sehr schnell an den Taten der Truppen der Arabischen Liga.

Sie massakrierten nicht etwa die Juden.

Abu Ihad, einer der Führer der „Al Fatah" schreibt über diesen Feldzug der Arabischen Liga:

„Ihre Armeen, die am 15. Mai 1948 in Palästina einfielen, waren nicht einmal in der Lage, die Durchsetzung der Teilung zu garantieren, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 1947 beschlossen war. Und das aus guten Gründen: König Abdallah von Jordanien, der mit Cisjordanien liebäugelte, annektierte ganz einfach dieses Gebiet, während König Faruk den Gazastreifen unter ägyptische Verwaltung stellte. Die palästinensische Regierung, die im September unter Ahmed Pascha gebildet worden war, war ein totgeborenes Kind, da keine Regierung das Risiko auf sich nehme wollte, sie zu unterstützen."(5)

Diese angeblichen Helfer Palästinas hatten also nichts anderes zu tun, als sich so schnell wie möglich je ein Stück Palästina zu sichern. Ansonsten wurden sie von den stärkeren israelischen Verbänden schnell geschlagen. Und jetzt schlugen die Zionisten mit ihrem „großisraelischen Traum" zum ersten Mal voll zu. Sie forderten Gebietszuwachs, und die arabischen Feudalen gestanden diesen zu. Statt der 56,47 Prozent des palästinensischen Territoriums, das der UNO-Beschluß für Israel vorsah, besaß Israel jetzt 77,4 Prozent dieses Territoriums. Ben Gurion betonte zwar, daß auch dieser Gebietszuwachs noch nicht alles sei, was sie, die Zionisten, wollten, denn dieses Territorium „erstrecke sich nur über einen Teil des Landes"(6).

Aber immerhin hatten die Zionisten, durch die abenteuerliche und reaktionäre Haltung der Feudalen der Arabischen Liga begünstigt, schon große Fortschritte bei der Realisierung ihrer Pläne machen können.

Abu Ihad über diese Führer der Araber:

„Ihr Irrtum bestand aber darin, nichts zu akzeptieren, weil sie nicht alles haben konnten. So trugen sie dazu bei, das Unternehmen der Zivilisten noch zu fördern, das heißt die Ansiedlung einer neuen Bevölkerung, die im Laufe der Jahre das palästinensische Volk seiner Ländereien beraubte und ihm somit einen immer größeren Teil der Heimat nahm. Es stimmt zwar, daß der 1947 für die Vereinten Nationen ausgearbeitete Plan einer Teilung im Prinzip unannehmbar war, doch warum haben es die palästinensischen Führer damals den zionistischen Führern nicht gleichgetan und einer Übergangslösung zugestimmt, indem sie einen Staat gründeten auf dem Teil des nationalen Territoriums, den die UNO ihnen zugestanden hatte."(7)

Das ist die Einschätzung dieser Situation, die einer der neuen Führer der Palästinenser rückblickend abgibt.

In dieser komplizierten Situation stimmte die Sowjetunion eben diesem Kompromiß des Teilungsplans zu. Mehr noch: Sie mußte für diesen Kompromiß sogar noch einen Kampf führen, gegen die USA zum Beispiel, die nach anfänglicher Unterstützung dieses Plans eine Zeitlang einer anderen Lösung zuneigte: nämlich einer UNO-Treuhandschaft über Palästina, mit den USA als Treuhändern, was eine Neuauflage der Mandatsherrschaft gewesen wäre.

In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es:

„Der Staat Israel wird bereit sein, mit den Institutionen und Vertretern der Vereinten Nationen bei der Verwirklichung des Beschlusses der Vollversammlung vom 29. November 1947 zusammenzuwirken und auf die Durchführung der wirtschaftlichen Einheit hinzuwirken."

Von dieser Verpflichtung sind die Zionisten abgegangen. Sie wurden sehr schnell zu einem reaktionären Bollwerk des US-Imperialismus, der in 20 Jahren mehr als 40 Milliarden US-Dollar in diesen Staat investierte, als seinen Brückenkopf in Nahost.

Am Ende des Jahres 1952, als diese Rolle Israels deutlich wurde, brach die Regierung der UdSSR die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.

Hinweise

1. Sami Hadawi: Brennpunkt Palästina, Seite 42, Rastatt 1970
2. G. v. Paczensky: Faustrecht am Jordan? Seite 54f, Tübingen 1978
3. A. Kramer: The forgotten Friendship, Seite 15, Chicago 1974
4. W. Hollstein: Kein Frieden um Israel, Seite 184, Frankfurt 1972
5. Abu Ihad: Heimat oder Tod, Seite 57
6. Israel Government Yearbook 1952, Seite 15, Tel Aviv 1953
7. Abu Ihad, Heimat oder Tod, Seite 196f

Kölner Herstatt-Prozeß

Ein Tennismatch mit Folgen

Im Prozeß um die Pleite der Kölner Herstatt-Bank, der sich nun schon seit über drei Jahren über die Runden schleppt, scheint sich freundschaftliches Verhältnis zwischen den Richtern und den Verteidigern der Herstatt-Manager herausgebildet zu haben. So war es denn wohl auch nicht verwunderlich, daß sich am letzten Verhandlungstag im vergangenen Jahr Richter Christoph Eggert und ein Kollege mit zwei Anwälten zu einem Doppel in der Hürther Tennishalle verabredeten.

Ungewöhnlich war bei diesem Match nur, daß einer der beiden Verteidiger kurz vor Spielbeginn plötzlich absagte. Er konnte jedoch einen Ersatzmann für die Tennispartie präsentieren: Bruno Heinen, Exdevisenhändler der zusammengebrochenen Herstatt-Bank und Angeklagter im Kölner Prozeß. Nach dem Spiel kamen Heinen und Richter Eggert ins Plauschen; dabei ließ sich der Richter nicht nur freimütig darüber aus, daß er den ganzen Prozeß für unsinnig und die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft für lächerlich halte — er gab dem Angeklagten Heinen auch jede Menge konkrete Tips für dessen Verhalten im Prozeß mit auf den Weg.

Nun hätte man annehmen können, daß der Exdevisenhändler solche Hilfestellung dankbar schweigend annehmen würde. Doch das Gegenteil geschah: Heinen hängte die Sache an die große Glocke; er fertigte für die Verteidigung im Herstatt-Prozeß ein Protokoll über das Gespräch mit Eggert an und die Anwälte präsentierten daraufhin prompt einen Befangenheitsantrag gegen den gesprächigen Richter. Und dieser Antrag nun — über den letzte Woche entschieden wurde — hätte den ganzen Prozeß beinahe endgültig platzen lassen.

Begonnen hatte alles im Juni 1974, als die Herstatt-Bank mit einem 1,2-Milliarden-Defizit zusammenbrach. Es war der größte Bankenkrach in der Nachkriegszeit; Tausende von Sparern wurden über Nacht um einen Teil ihrer Einlagen gebracht. Eine der wesentlichen Ursachen für die Pleite waren gigantische Devisenspekulationen gewesen, durch die das Bankhaus in den Ruin getrieben wurde, an denen die Chefs der Bank jedoch privat Millionenvermögen verdient hatten. Die Anklage gegen sechs Herstatt-Manager lautet denn auch auf Untreue, Betrug, Bilanzfälschung und Devisenmanipulation.

Als der Kölner Prozeß fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der Bank begann, saß die Hauptfigur im Herstatt-Skandal allerdings nicht mit auf der Ankagebank: der Versicherungsmonopolist Gerling, dem über 80 Prozent der Herstatt-Bank gehört hatten. Gegen ihn wurden erst 1979 Ermittlungen aufgenommen, die allerdings zwei Jahre später wieder eingestellt wurden.

Und von den Devisenspekulanten, die angeklagt wurden, mußte keiner seine luxuriöse Behausung mit einer Gefängniszelle vertauschen. Die Herren wurden sämtlich auf freien Fuß gesetzt — gegen Kautionen von bis zu zwei Millionen Mark. Man hatte bei den betrügerischen Geschäften so gut verdient, daß auch solche Summen kein Problem waren. Im Verlauf des Prozesses lichteten sich dann die Reihen der Angeklagten immer mehr. Da war beispielsweise der Chef-Devisenhändler Dany Dattel. Er hatte als Kind einer jüdischen Familie nur durch glückliche Umstände den Vernichtungsterror der Nazis überlebt. Nun wurde ihm aufgrund dieser Vergangenheit eine „akute Angstneurose" bescheinigt, und er schied aus dem Verfahren aus. Man sollte sich hier daran erinnern, daß die Bonner Justiz mit anderen Überlebenden des faschistischen Terrors nicht so großzügig umgegangen ist. Ehemalige KZ-Häftlinge wanderten in der Nachkriegszeit gleich reihenweise in die Gefängnisse des Adenauer-Staats, wenn sie beispielsweise propagandistisch die KPD unterstützt hatten.

Der nächste Angeklagte, der seinen Abschied aus dem Verfahren nehmen konnte, war Iwan D. Herstatt selbst, der Boß der zusammengebrochenen Bank. Herstatt schickte den Direktor der Bonner Venusberg-Kliniken ins Rennen, der dem Bankier bescheinigte: „Zu jeder Stunde droht die Gefahr eines tödlichen Infarkts." Diese Gefährdung beruhte übrigens auf nichts anderem als auf der brensonderen Dickleibigkeit des Herrn Herstatt. Während sogenannte Terroristen in den Gefängnissen des Bonner Staates regelrecht zugrunde gerichtet werden, genügte dem Kölner Landgericht die Korpulenz des Pleite-Bankiers, um ihn für verhandlungsunfähig zu erklären.

So blieben denn auf der Anklagebank nur noch sechs Herstatt-Manager übrig. Und auch für sie sieht die Zukunft keineswegs schwarz aus. Es muß wohl nicht erwähnt werden, daß sich diese Herren außerordentlich gewiefte Anwälte kaufen konnten, die von vornherein eine gekonnte Prozeßsabotage betrieben. Von Sabotage ist ja auch bei den „Terroristen-Prozessen" immer die Rede, und man weiß, mit welchem Geschrei die Justiz und die Medien darauf reagieren, wenn auch nur ein — begründeter — Befangenheitsantrag gegen einen Richter gestellt wird. Beim Kölner Prozeß aber kann man beobachten, wie ein Verfahren tatsächlich verschleppt wird — und wie das Gericht dabei mitspielt.

Der oben erwähnte Richter Eggert etwa ist nur als Ersatzmann in den Herstatt-Prozeß gekommen. Sein Vorgänger war Achim Vollmer. Und der hatte in seinem Dienstzimmer einmal eine abfällige Äußerung über den Schriftsatz eines Verteidigers fallen lassen. Offenbar haben im Kölner Landgericht die Wände Ohren; die Bemerkung Vollmers jedenfalls wurde den Anwälten hinterbracht und sie reichte aus, um den Richter wegen Befangenheit aus dem Verfahren zu kippen. Ähnlich lief es mit anderen Richtern.

Und wenn jetzt auch noch der redselige Eggert ausgeschieden wäre, hätte es keinen Richter mehr auf der Ersatzbank gegeben, den man noch hätte einwechseln können. Die Folge: Verhandlungsunfähigkeit der 16. Großen Strafkammer des Kölner Landgerichts; Neuaufnahme des gesamten Verfahrens. Dazu jedoch mochten es die Richter nicht kommen lassen. Also lehnte man den Antrag auf Befangenheit ab.

Und die Aussichten für die Angeklagten sind trotz der Ablehnung des Befangenheitsantrags nicht schlecht. Am 25. Juni 1984 nämlich ist der Stichtag für die Verjährung der Straftaten. Und wenn man sich den bisherigen Prozeßverlauf ansieht, wenn man in Rechnung stellt, daß 5000 (!) Beweisanträge noch unbearbeitet sind, dann kann man nur zu dem Schluß kommen: Gericht und Verteidigung werden es mit vereinten Bemühungen schon schaffen, das Verfahren bis zu diesem Stichtag ergebnislos hinzuschleppen.

Frauenprotest im DGB

Die Beschlüsse und Bekundungen auf Kongressen und Tagungen sind zahlreich. Doch daß auch die rechten Gewerkschaftsführer ihre „lieben Kolleginnen" gar nicht so gleichberechtigt behandeln, das zeigt eine Stellenanzeige der Gewerkschaft Nahrungsmittel, Genuß und Gaststätten (NGG) in der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" Nummer 22/82, wo ausdrücklich nach Geschlechtern unterschieden wurde. Dazu kam dann am 1. Juli, völlig berechtigt, der im folgenden abgedruckte Leserbrief an die WdA.

NGG-Stellenanzeige unglaublich

Stellenanzeige der Gewerkschaft NGG/WdA Nr. 22:

Manchmal bleibt einem die Spucke weg angesichts der Ignoranz und Unverschämtheit, mit der gewerkschaftliche Beschlüsse in der eigenen Organisation behandelt werden. Seit August 1980 gibt es das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz, das vorschreibt, daß der Arbeitgeber weder öffentlich noch innerhalb des Betriebes nur für Männer oder nur für Frauen einen Arbeitsplatz ausschreiben soll. Die Gewerkschaften fordern darüber hinaus, daß diese „Soll-Vorschrift" in eine „Muß-Vorschrift" umgewandelt werden soll.

Im Augenblick läuft eine Fragebogen-Aktion zu diesem Gesetz, wo auf diesen Mißstand hingewiesen wird. Es ist deshalb unglaublich, daß die Landesbezirksverwaltung der NGG Berlin eine solche geschlechtsspezifische Stellenausschreibung vornimmt und die „Welt der Arbeit" sie auch noch veröffentlicht.

Ich empfehle der Redaktion, den Fragebogen an die Abt. Frauen beim DGB-Bundesvorstand in entsprechender Weise ausgefüllt zurückzusenden. Ich betone außerdem, daß dies nicht der erste Fall dieser Art ist.

Wie sollen wir noch glaubwürdig von den öffentlichen und privaten Arbeitgebern diese selbstverständliche und minimale Forderung verlangen, wenn sie uns hämisch nachweisen können, daß dies noch nicht einmal in der eigenen Organisation praktiziert wird.

Angesichts der zunehmenden Angriffe auf die Gewerkschaften sind wir es unseren Mitgliedern schuldig, Grundsätze und Forderungen in den eigenen Reihen ernst zu nehmen.

Ich erwarte deshalb eine öffentliche Korrektur dieser diskriminierenden Anzeige und verbleibe bis dahin mit Wut im Bauch.

DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Abteilung Frauen, Edith Henss-Sperl

Boykott?

Die Ölmultis erweisen sich in diesen Tagen wieder einmal als der unschlagbare Weltmeister in Preistreiberei. Rückschläge aus dem letzten Jahr wurden im Handumdrehen wettgemacht — Preisrückschläge wohlgemerkt. Denn Profitrückschläge gab es ja keine.

Der Sprecher der Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg hat nun der Presse gegenüber bekanntgegeben, daß sein Verband erwäge, eine Boykottaktion gegen jenen Konzern einzuläuten, der die nächste Runde der Preiserhöhungen anführt. Diese Überlegungen, so der Sprecher Siegfried Bluth, mache man sich, weil zahlreiche Autofahrer in empörten Anrufen und Briefen so etwas gefordert hätten.

Erstaunlich: die Ölkonzerne reagierten mit Unverständnis und beklagten sich. Man fragt sich warum eigentlich. Denn exakt am Tage zuvor hatte die Deutsche Esseo AG, Tochterfirma des umsatz- und profitstärksten Konzerns der Welt, der EXXON, die Schließung von Raffinerien in der Bundesrepublik angekündigt. Grund: die Verluste, die man bei der Verarbeitung jeder einzelnen Tonne Erdöl mache. Da müßte den Herren doch eigentlich ein Boykott nachgeradezu willkommen sein. Denn dann müßten sie nicht mehr verkaufen, also bräuchten sie auch nicht mehr zu verarbeiten, also blieben sie auch von den ach so bitteren Verlusten endlich einmal verschont. Denn diese Verluste bei jeder Tonne, die gibt es ja schon seit 1973, seit der ersten OPEC-Preiserhöhung.

Aber die Mathematik der Ölmultis ist eben eine andere. Verluste bei jeder Tonne gibt zusammengezählt Superprofite, da kann keiner mehr mithalten, auch Einstein nicht. Und deshalb ist ihnen dann doch wohl auch so ein Boykott, selbst wenn er nur einmal ernsthaft ins Gespräch gebracht wird, gar nicht so sehr recht, wie man eigentlich denken sollte.

Tips

Sonntag, 11. Juli
20.45 Uhr, WDR/NDR/HR III
Spuren der Vergangenheit. Vor hundert Jahren teilten die europäischen Mächte auf der sogenannten Kongo-Konferenz den afrikanischen Kontinent unter sich auf. Cornelius Bormann untersucht in seinem Bericht am Beispiel Nigerias und Kameruns das Erbe des Kolonialismus in Schwarzafrika.

***

Montag, 12. Juli
20.15 Uhr, ARD
Blut und Ehre. Beginn eines vierteiligen Fernsehfilms von Helmut Kissel und Robert Muller über das Schicksal zweier deutscher Familien in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur. Mit Gedeon Burkhard, Stephen Higgs u.a.

***

Montag, 12. Juli
23.00 Uhr, ARD
Das makellose Schwert. Mit diesem Samurai-Film aus dem Jahr 1945 beginnt eine siebenteilige Reihe mit Werken des japanischen Regisseurs Kenji Mizoguchi.

***

Dienstag, 13. Juli
22.05 Uhr, ZDF
Liebe im Dorf. Der erste Teil des Volksstücks „Alpensaga" von Peter Turrini und Wilhelm Pevny führt in ein oberösterreichisches Dorf am Ende des letzten Jahrhunderts. Im Mittelpunkt des Films steht der Kampf eines jungen Bauern gegen einen Brennerei-Besitzer, der die Kleinbauern in seine Abhängigkeit bringen will. Mit Helmut Qualtinger, Hans Brenner, Therese Affolter u.a. Regie: Dieter Berner. Die übrigen fünf Folgen der „Alpensaga" folgen jeweils in wöchentlichem Abstand.

***

Mittwoch, 14. Juli
22.15 Uhr, NDR/WDR/HR III
Dinner um acht. 1933 drehte George Cukor diese entlarvende Farce um die Reichen in den USA. Mit Jean Harlow, John Barrymore u.a.

***

Donnerstag, 15. Juli
20.18 Uhr ARD
Wo Bonn der Boss ist. Film von Manfred Przybilski über die westdeutschen Staatskonzerne in der Krise.

***

Freitag, 16. Juli
20.15 Uhr, ARD
Glück im Hinterhaus. DDR-Spielfilm von Hermann Zschoche nach dem Roman „Buridans Esel" von Günter de Bruyn; das Drehbuch schrieb Ulrich Plenzdorf („Die neuen Leiden des jungen W."). Mit Dieter Mann, Jutta Wachowiak, Ute Lubosch u.a.

***

Freitag, 16. Juli
23.30 Uhr, ZDF
Ritt zum Ox-Bow. William A. Wellmans Western ist eines der gelungensten Werke aus einer ganzen Reihe von kritischen Filmen, die — unter dem Einfluß des antifaschistischen Kriegs — im Hollywood der vierziger Jahre gedreht wurden. Es geht hier um eine typisch amerikanische Form des „alltäglichen Faschismus": An einem Mexikaner, der angeblich einen Rancher ermordet haben soll, wir eine gnadenlose Lynchjustiz vollzogen.

Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal

Der Urlaubs-Knüller

Für diejenigen, die immer noch nicht wissen, wo sie in diesem Jahr ihren Urlaub verbringen sollen, präsentiert die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) den Urlaubsknüller: 2 Wochen Portugal in einem Jugendlager der UJCR (dem Jugendverband der Kommunistischen Partei/Wiederaufgebaut, unserer portugiesischen Bruderpartei). **Kostenlos!** Nur die Anreise mußt ihr selbst tragen.

Vom 1. bis zum 15. August führt die UJCR zusammen mit der JCE/ML (Kommunistische Jugend Spaniens/Marxisten-Leninisten) ein Jugendlager in **Comporta** durch. Comporta ist ein kleines Dorf in der Nähe von **Troia** (ein bekannter Touristenort) südlich von Lissabon am Atlantik. Comporta liegt 500 Meter von der Küste entfernt, der Zeltplatz nur etwa 50 Meter. Verpflegung und Unterbringung ist kostenlos. Zelte werden von den portugiesischen Genossen gestellt.

Neben viel Urlaub, Freizeit, Zeit zum Kennenlernen, sollen auf dem Lager zwei politische Themen behandelt werden: Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der iberischen Halbinsel, und: Der Kampf für die Rechte der Jugend — Arbeitslosigkeit, Bildung, Unterdrückung usw.

Also: Nichts wie hin!!!

Wer mitfahren will, melde sich bitte umgehend bei:
KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Dort erhaltet ihr nähere Informationen. Wenn es gewünscht wird, wenn ausreichend Interesse besteht, wird die KJD auch noch eine Bahnfahrt zum Lager organisieren.

